

Basler Liberale Nachrichten

UNABHÄNGIGE INFORMATIONSPLATTFORM - STIMMEN VON LINKS BIS RECHTS AUS DEM ZENTRUM EUROPAS

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

HINTERGRUNDINFORMATIONEN AUS GESELLSCHAFT, KULTUR, WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

6. Jahrgang Nummer 5/52

Basel, 12. Februar 2017



Deutschland

Der Kandidat

USA

Trump: Schluss mit dem 11. September!

Deutschland

Von Heilsbringern und ihren Botschaften

Joseph E. Stiglitz

**„Deutschland muss Trump klare Kante zeigen
sonst kollabiert der Westen“**

Inhalt

Editorial

- Trumps Mex-Wall, Einreiseverbote und Waterboarding
- Diplomatische Ohrfeige für Merkel

Deutschland

Martin Schulz – der größte Abkassierer von allen?

In Talkshows, bei Reden und Interviews gibt Martin Schulz sich gerne als einfacher Mann aus dem Volk für das Volk. Dass er die Schule abgebrochen hat und Alkoholiker war, sollte man nicht gegen ihn einsetzen. Das ist unfair und gehört sich nicht. Es fällt aber auf, dass er selbst diese Fakten aus seiner Biographie gerne für sich einsetzt.

Die Analyse:

Stiglitz: „Deutschland muss Trump klare Kante zeigen – sonst kollabiert der Westen“

Donald Trump geht auf Kurs gegen den Freihandel und das deutsche Exportwunder. Deutschland sollte sich wehren, sagt Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz im Interview mit EurActivs Medienpartner „WirtschaftsWoche“ – und Trump zur Not vor internationalen Gerichten verklagen.

Joseph E. Stiglitz ist ein US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Ökonomie-Nobelpreisträger. Er war von 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank und von 2011 bis 2014 Präsident der International Economic Association.

USA

Trump: Schluss mit dem 11. September!

Präsident Donald Trump übernahm am 20. Januar 2017 sein Amt. Während er gerade den Eid ablegte und noch nichts Gutes oder Schlechtes getan haben konnte, haben die Sponsoren von Hillary Clinton schon am nächsten Tag in Washington eine massive Demonstration gegen ihn organisiert. Der Beweis, dass, was auf dem Spiel steht nicht nur die Vereinigten Staaten betrifft, sind die in vielen Ländern stattfindenden gleichen Demonstrationen, besonders im Vereinigten Königreich.

EU

Raus aus der EU, rein in die Demokratie:

Wahlbetrug um EU-Parlamentspräsident aufgefliegen

Der Mann, der sich um die Nachfolge von Martin Schulz bewirbt, ist die Inkarnation des korrupten, antidemokratischen Dunkelmannes: Von der belgischen Investmentgesellschaft Sofina steckte er 130.500 Euro zur linken Hand ein, von der belgischen Gastanker-Reederei Exmar bekam er 60.000 Euro fürs Zuhören und Schweigen, von der niederländischen Versicherungsgesellschaft APG nahm er mit Vergnügen 42.840 Euro, um sein schlechtes Gehalt aufzubessern.

Inhalt

Tilo Sarrazin Der Retter aus Würselen

Diese Nachricht saß: Martin Schulz wird Spitzenkandidat der SPD und übernimmt den Parteivorsitz. Sigmar Gabriel legt den Parteivorsitz nieder und wechselt vom Wirtschafts- ins Außenministerium.

Deutschland Von Heilsbringern und ihren Botschaften

Es ist eigentlich ungerecht – immer auf die Deutschen. Dabei haben doch die Selbstgerechten jetzt das neue Fitness-Programm – Haut den Trump!
Außerdem haben die Deutschen schon genug an ihrer Geschichte zu tragen und zu bezahlen, also könnten wir sie mal in Ruhe lassen. Oder? In Ermangelung von Nachrichten aus anderen Katastrophenländern bleibt dem kritischen Kommentator leider nur der Blick auf das Berliner Elend.

Wissen Maria Sibylla Merian: Die Schmetterlingsfrau

Maria Sibylla Merian war ein Leben lang von Insekten fasziniert: Vor allem Schmetterlinge zogen die Künstlerin in ihren Bann. Deren Metamorphose von der Raupe zum Falter studierte sie akribisch - und brachte diese erstaunliche Verwandlung detailgetreu auf Papier. Selbst 300 Jahre nach ihrem Tod gilt sie daher als wichtige Wegbereiterin der modernen Insektenkunde.

[BLN-Team](#)
[BLN-Links](#)
[BLN-Impressum](#)

Editorial

- Trumps Mex-Wall, Einreiseverbote und Waterboarding
- Diplomatische Ohrfeige für Merkel

Von Roland Keller / Herausgeber



Trumps Mex-Wall, Einreiseverbote und Waterboarding

Man muss Donald Trump eine Chance geben, keine Frage. Auch wenn dies einigen sogenannten Demokraten nicht passt. Beim vorherigen Präsidenten waren sie nicht so wählerisch.

Trump spielt mit zentralistischen Präsidialerlassen als Beweis seiner Stärke. Er ist Unternehmer und will das Oval-Office wie ein Unternehmen führen. So ganz falsch liegt er nicht, er macht allerdings vorerst die Rechnung ohne die Demokratie, die ihn nach oben gebracht hat.

Man fragt sich, wo sind die Berater, welche Trump auf die Pfade der Real-

politik leiten? Sicher, er hatte Wort gehalten und innert 10 Tagen mehr Versprechen eingelöst als Obama in seiner ganzen Amtszeit.

Die Überprüfung an Hand einfacher Fakten lässt aber Zweifel aufkommen.

- Waterboarding: Hier geht niemand an Bord eines irgendwelchen Wassers, sondern er wird in Todesangst versetzt. Er wird mit dem Kopf solange unter Wasser gedrückt bis er meint zu ersticken. Ergebnis: der Gefolterte wird mit Sicherheit zugeben, er hätte mit dem Teufel eine Beziehung und ist im teuflischen Bunde die Welt zu zerstören. Inquisition (Tomás de Torquemada), Lubyanka (Lawrenti Beria), Securitate (Anna Pauker), DDR-Strafsenat (Hilde Benjamin), Escuela de Mecánica de la Armada (Luciano Benjamín Menéndez), Shabak (Itai Virob) und viele mehr sind deshalb aktenkundig.

Folter gibt es schon immer. Besonders die katholische Kirche war in diesem Geschäft bestens bewandert.

Natürlich funktioniert Folter, aber nicht wirklich.

Wer in Panik den Horror nicht mehr aus seinem Kopf bringen kann, wird alles

tun um die Qual los zu werden. Folter bedient die Lüste und den Sadismus der Folterer und Perversen - mehr nicht. Das hat sich sogar schon bis zu den amerikanischen CIA-Folterern durchgesprochen.

Wer berät eigentlich Trump?

The Great Mexwall

Mauern, Maschendrahtzäune und Stacheldraht sind ein beliebtes Mittel der Abgrenzung - nicht nur von Spiessern. Wir schützen unser privates Umfeld unser Land oder was auch immer. Trump muss man verstehen. Er hatte den Wählern ein Versprechen abgegeben und will nun die Mauer zwischen den USA und Mexico bauen. Sein Versprechen und das dürfen wir nicht vergessen, traf offensichtlich die Meinung seiner Wähler. In der inszenierten Empörung gegen die Mauer wird auch vergessen, dass es die Mauer bzw. einen elektronischen Zaun längst gibt. Die selbstgerechte Pose der Protestler sieht immer nur nach einer Seite. Vergessen wird auch, dass die Mauer nicht nur ungeliebte zusätzliche illegale Ein-

wanderer abhalten soll, sondern auch eine Grenze gegen den immensen Drogenschmuggel ist. Wer in den USA davon profitiert und aus diesem Grund gegen die Mauer ist, lassen wir einfach undiskutiert. Das Internet ist voller Vermutungen.

Die Kosten von geschätzten 23 Milliarden Dollar werden aber wohl der Haupthinderungsgrund für die Realisierung des Wahlversprechens werden, das Geld wird in den USA wahrlich für bessere Zwecke benötigt.

Nun:

Wer berät eigentlich Trump?

Donald Trump hat hervorragende Berater wie den ex-General Michael Flynn und den „Mönchsgeneral“ James N. Mattis - Verteidigungsminister. Mattis gilt als einer der profiliertesten strategischen Denker im US-Militär, ein hochgebildeter Offizier - dieser und Flynn kennen die Militärgeschichte sehr wohl!

Trump musste, um Glaubwürdigkeit und Action zu demonstrieren, seine Versprechen sofort umsetzen.

Dies ist das richtige Signal in die richtige Richtung. Obama hat Dekrete unterschrieben, die nie wirklich umgesetzt wurden. Trump unterschreibt und will sofort umsetzen.

[... Prof. Dr. Thomas Jäger erklärt gegenüber FOCUS Online: „Die ‚Executive Orders‘ gelten für die Dauer der jeweiligen Präsidentschaft. Der nächste

Präsident kann sie bestärken, aber auch mit einem Federstrich ändern. Deshalb erleben wir jetzt, wie Obamas Politik im Eiltempo abgewickelt wird. Eben weil auch er viel mit diesen Dekreten regiert hat.“

Wegen der Blockade zwischen dem republikanisch dominierten Kongress und dem Weißen Haus blieb Obama seinerzeit wenig politischer Handlungsspielraum. Statt Kompromisse zu finden, erließ er Dekrete.

(<http://www.focus.de>) ...]

Einreisestopp

Der 90-tägige Einreisestopp für Menschen aus den sieben mehrheitlich muslimischen Ländern Syrien, Iran, Irak, Sudan, Somalia, Libyen und Jemen, ist folgerichtig. Warum sollte er Menschen in die USA lassen die unter der amerikanischen Armee gelitten haben? Es reichen die wütenden US-Veteranen, Rechtsextreme, die mit dem Staat ohnehin nichts am Hut haben, und die bereits in den USA lebenden Muslime. Von den Schwarzen und Latinos, die sich schon seit langem unterdrückt fühlen, ganz zu schweigen.

Diese Bezüge werden in der Presse kaum erwähnt, sind aber einer der Hauptgründe für Trumps Entscheidungen! Aber auch hier wird in der europäischen Empörungsszenierung vergessen, dass Trumps Dekret auf einem Gesetz von 2011 basiert, das unter Obama verabschiedet wurde. Auch

die Liste der 7 Länder stammt noch aus der demokratischen Präsidentschaft.

In den USA stellt sich allerdings die Situation etwas differenzierter dar, traf es doch hauptsächlich Menschen mit gültigen Visa und Menschen, die teilweise seit vielen Jahren in den USA leben und arbeiten. Diesen unnötigen Konflikt hätte eine kluge Politik vermeiden können, Aktionismus war hier fehl am Platz.

„Dieses Dekret richtet sich gegen alles, woran wir in Amerika glauben“, so Chuck Schumer, demokratischer Fraktionschef im Senat, Anti-Semitismus-Aktivist und Homeland Security-Förderer. Die USA seien in der Vergangenheit ein „Leuchtfeuer“ für Unterdrückte in aller Welt gewesen. „Wir werden es mit allem, was wir haben, bekämpfen“, versprach Schumer und liegt damit ganz auf der Linie Soros/Clinton. Ein kleines Attentat eines Verwirrten und diese Haltung könnte sich als Bummerang erweisen.

Allerdings: Große muslimische Länder wie Indonesien, Pakistan, Bangladesch, Saudi-Arabien, Jordanien, die Türkei, Katar oder die Vereinigten Arabischen Emirate sind von der Verfügung ausgenommen! Dies vermag wohl nur ein Amerikaner erklären können.

Kritik aus Europa:**Angela Merkel**

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisierte Trump erwartungsgemäß.

„Das Vorgehen widerspricht nach meiner Auffassung dem Grundgedanken der internationalen Flüchtlingshilfe und der internationalen Kooperation“, sagte sie. Der notwendige Kampf gegen den Terror „rechtfertigt in keiner Weise einen Generalverdacht gegen Menschen bestimmten Glaubens, in diesem Falle Menschen muslimischen Glaubens“ oder einer bestimmten Herkunft.

Da hat Merkel recht, nur haben die USA sowieso kaum Flüchtlinge aufgenommen und Trumps kurzichtiges Einreiseverbot traf überwiegend auch keine Terroristen.

Merkels Kritik an Trump ist nur wieder ein Versuch ihr Kalergi-Projekt der Umgestaltung Europas zum Multikultigeilde zu rechtfertigen.

Diplomatische**Ohrfeige für Merkel**

Die Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem türkischen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım in Ankara war entlarvend. Aussenminister Binali Yıldırım redete quälend langsam geschlagene 11.17 min., mit imperialer Sicherheit. Diplomatisch ein Desaster. Ilderim führte die deutsche Bundeskanzlerin vor.

Beide gaben Statements von sich, die keine wirklichen Inhalte hatten. Viel mehr erzählten jedoch die Körpersprachen. Der Konflikt war offensichtlich. Merkels Redezeit 7.96 min., formal und inhaltslos, wie immer.

Sehen Sie das YOUTUBE

<https://www.youtube.com/watch?v=kxtVizlkzR8>

Es wird nicht mehr lange dauern, dann tritt die Türkei aus der NATO aus und öffnet die Schleusen mit 3 Millionen Flüchtlingen Richtung Griechenland und Europa.

Dann wird Merkel aufwachen, vielleicht.

In eigener Sache:**BLN: Unsere Umfrage**

Die BLN wollte nach 6 Jahren mittels Umfrage in Erfahrung bringen, wie groß das Leserinteresse an unserem wöchentlich erscheinenden Magazin ist.

Mit allen, auch privat versendeten Ausgaben der BLN erreichen wir wöchentlich bisher über viertausend Leser.

Der Rücklauf betrug enttäuschende 30 Antworten, sie bestätigten uns aber erfreulicherweise. Die geringe Zahl der Antworten mag verschiedenen Gründen geschuldet sein, sicher ist es weniger Desinteresse als Überlastung im beruflichen und privaten Leben.

Dies kennen wir alle!

Wir wissen allerdings aus Pressestimmen und vielen direkten Kontakten mit Lesern, dass die BLN gelesen wird. Wir fanden sogar Zitate in verschiedenen, nicht nur deutschsprachigen Presseorganen, die eindeutig auf die BLN zurück zu führen waren.

In der Konsequenz arbeiten wir natürlich weiter an der BLN.

Sie wird ab Februar 2x statt viermal pro Monat erscheinen. Folgend werden wir das Magazin SVMMARVM (Summarum) in unregelmässigen Abständen mit jeweils einem Schwerpunktthema publizieren.

SVMMARVM

UNABHÄNGIGES WOCHENMAGAZIN SONDERAUSGABE

HERAUSGEBER ROLAND KELLER

Gotthard Frick

Economist & business administrator Dipl. Sciences Po & Sorbonne, Paris.

**GLOBALISIERUNG
MASSIV EINSCHRÄNKEN!**

**Dringende Begrenzung der
schädlichen Einflüsse
erzwungener Globalisierung**

Laden Sie die Sonderausgabe ab unserer Homepage herunter.

<http://basler-liberale-nachrichten.ch/bln-sonderausgaben.html>

Deutschland

Martin Schulz – der größte Abkassierer von allen?

In Talkshows, bei Reden und Interviews gibt Martin Schulz sich gerne als einfacher Mann aus dem Volk für das Volk. Dass er die Schule abgebrochen hat und Alkoholiker war, sollte man nicht gegen ihn einsetzen. Das ist unfair und gehört sich nicht. Es fällt aber auf, dass er selbst diese Fakten aus seiner Biographie gerne für sich einsetzt nach dem Motto:

„Schaut mal, ich bin keiner aus dem abgehobenen Establishment, bin ein ganz einfacher Mann, halt nur mit frecher, großer Klappe, ansonsten genau wie ihr mit allen Schwächen und verdiene doch wie jeder Mensch eine zweite Chance.“

Ein Gastbeitrag von Jürgen Fritz

In Talkshows, bei Reden und Interviews gibt Martin Schulz sich gerne als einfacher Mann aus dem Volk für das Volk. Dass er die Schule abgebrochen hat und Alkoholiker war, sollte man nicht gegen ihn einsetzen. Das ist unfair und gehört sich nicht. Es fällt aber auf, dass er selbst diese Fakten aus seiner Biographie gerne für sich einsetzt nach dem Motto:

„Schaut mal, ich bin keiner aus dem abgehobenen Establishment, bin ein ganz einfacher Mann, halt nur mit frecher, großer Klappe, ansonsten genau wie ihr mit allen Schwächen und verdiene doch wie jeder Mensch eine zweite Chance.“

Nicht ungeschickt wie er sich inszeniert. Das kann er, keine Frage. Aber was für ein Mensch ist dieser Martin Schulz eigentlich?

Martin Schulz gehörte mehr als 20 Jahre lang zum vollkommen bürgerfernen EU-Establishment. Nun ist lange schon bekannt, dass nicht selten Politiker gerne dorthin abgeschoben werden, die

mit ihrer politischen Karriere irgendwie durch sind, denen man dann noch ein paar Jahre die Gelegenheit geben will, nochmal richtig fett zu verdienen. Die Bild berichtete vor drei Jahren bereits:

dass rund 4.000 EU-Beamte mehr verdienen als der deutsche Bundeskanzler respektive die Kanzlerin (ca. 290.000 EUR jährlich brutto). Sie haben richtig gelesen: rund 4.000.

So ein Politiker, der am Ende seiner Karriere nach Straßburg bzw. Brüssel abgeschoben wird, ist Martin Schulz ja aber nun nicht. Bei ihm ist es genau umgekehrt: er kommt jetzt aus Straßburg, offizieller Sitz des Europäischen Parlaments, bzw. Brüssel und Luxemburg, weitere Arbeitsorte, zurück nach Deutschland. Dort soll der kleine Buchhändler aus Würselen zuvor kräftig abgesahnt haben. Man geht davon aus, dass Schulz inzwischen Multi-Millionär ist.

„Wie das denn?“ werde Sie jetzt wahrscheinlich fragen. „Hat er denn eine ei-

gene Firma aufgebaut und erfolgreich gemacht oder im Lotto gewonnen?“ – Nein, dass beides nicht. Aber er hat als EU-krat glänzend verdient, mehr als alle Bundeskanzler, die wir je hatten. Aber betrachten wir das etwas genauer.

Schulz' Jahresverdienst als EU-Abgeordneter lag zunächst bei brutto etwas über 99.000 EUR jährliches Grundgehalt. Dieses musste natürlich versteuert werden. Wenn die Ehefrau von Martin Schulz keinen eigenen zusätzlichen Verdienst hat, gingen von den 99.000 EUR inklusive Soli etwa 25 bis 30 Prozent an Einkommensteuer ab. Hinzu kamen die Sozialversicherungsabgaben. Diese betragen laut Eurostat für EU-Beamte aber nicht wie für deutsche Sozialversicherungspflichtige ca. 20, sondern nur 12 Prozent.

„Hoppla“ werden Sie jetzt vielleicht denken, „warum denn so viel weniger?“. Nun das ist einer der vielen Vorteile, die EU-Politiker und EU-Beamte genießen. Rechnet man Einkommensteuer und Sozialversicherung zusam-

men, kommt man auf grob 40 Prozent. Zieht man die von den 99.000 EUR jährlich ab, bleiben rund 60.000 EUR netto, also ca. 5.000 EUR im Monat.

„Das ist nicht wenig, aber davon wird man doch nicht Multimillionär“ werden Sie jetzt vielleicht denken. Richtig, aber das war ja auch nicht alles, was Martin Schulz verdiente. Das war nur sein steuerpflichtiges Grundgehalt. Richtig interessant wird es erst bei dem, was da oben drauf kam. Und das war einiges.

Zu dem a) Grundgehalt von über 99.000 EUR jährlich kam hinzu: b) eine sogenannte „allgemeine Kostenpauschale“ von über 51.500 EUR pro Jahr.

„Wofür ist denn diese allgemeine Kostenpauschale“ werden Sie jetzt wahrscheinlich fragen. Von diesem Geld konnte Schulz z.B. Büroeinrichtung kaufen oder es für Kfz-Kosten in Deutschland verwenden. Konnte wohl gemerkt, er musste das nicht und musste auch keinerlei Nachweise über Büroeinrichtungen oder Kfz-Kosten vorlegen. Diese gut 51.500 EUR bekam er wie andere EU-Politiker auch pauschal, ohne jeden Ausgabennachweis. Und steuer- und sozialabgabenfrei! Also netto. Über 51.500 EUR netto entsprechen aber fast 100.000 EUR brutto, die zusätzlich auf das Grundgehalt von über 99.000 EUR hinzukamen.

„Uih“ werden Sie jetzt vielleicht den-

ken, „jetzt sieht die Sache natürlich schon völlig anders aus. Das ist ja zusammen fast das Doppelte des Grundgehaltes.“ Aber das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange.

Als Parlamentspräsident, der Martin Schulz seit Januar 2012 war, hatte er nicht nur wie jeder EU-Abgeordnete einen Anspruch auf kostenfreie Büroräume in Straßburg bzw. Brüssel, er konnte ebenso die Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages nutzen und hatte darüber hinaus Anspruch auf zwei Dienstwagen plus zwei Fahrer. Außerdem ein Extrabudget für persönliche Mitarbeiter. „Na das muss doch jetzt aber wirklich reichen“ werden Sie jetzt denken. Nö, das reichte noch lange nicht.

Martin Schulz erhielt als Parlamentspräsident zusätzlich zum a) Grundgehalt und zur b) allgemeinen Kostenpauschale c) eine Residenzzulage in Höhe von ca. 44.000 EUR jährlich. – Auch diese Zulage, Sie ahnen es schon, war steuer- und sozialversicherungsfrei, also zu hundert Prozent netto.

Doch auch damit noch nicht genug. Ein Präsident des Europäischen Parlaments muss diese ja auch adäquat repräsentieren.

Also erhielt Schulz all die Jahre auch noch d) eine Repräsentationszulage in Höhe von über 17.000 EUR pro Jahr. – Natürlich steuer- und abgabenfrei.

Rechnen wir das jetzt mal alles zusammen, dann kam Martin Schulz abgesehen von all den Vergünstigungen, Büroräumen, Dienstwagen, Fahrer, eigene Mitarbeiter etc. auf ein Nettoeinkommen von über 170.000 EUR jährlich.

Zum Vergleich: der deutsche Bundeskanzler erhält ca. 290.000 EUR pro Jahr brutto. Wenn Sie davon meinetwegen 40 bis 50 Prozent an Einkommensteuern und Abgaben abziehen, dann kommen Sie auf rund 150.000 bis 170.000 EUR jährlich netto.

Das heißt, Martin Schulz verdiente also die letzten fünf Jahre mehr als Angela Merkel, mehr als Gerhard Schröder, als Helmut Kohl, als Helmut Schmidt, als Willy Brandt usw. – Doch auch das reichte ihm offensichtlich noch nicht.

Zusätzlich zum a) Grundgehalt, b) der allgemeinen Kostenpauschale, c) der Residenzzulage, und d) der Repräsentationszulage erhielt er ab 2012 auch noch e) eine Sitzungspauschale von 304 EUR pro Tag. Diese Sitzungspauschale erhielt er als Präsident des Europäischen Parlaments i.G.z. den normalen Abgeordneten nicht nur an den tatsächlichen Sitzungstagen, an denen er teilgenommen hat, sondern jeden Tag. Und nicht nur von Montag bis Freitag, auch Samstag und Sonntag, auch an Feiertagen, auch wenn er krank war, auch im Urlaub.

Martin Schulz bekam die Sitzungspauschale an 365 Tagen im Jahr. Er gibt zusammen nochmals ca. 111.000 EUR pro Jahr.

„Aber die musste er dann doch wohl wenigstens versteuern“, denken Sie jetzt vielleicht. Würde ich auch denken. Dem war aber nicht so.

Auch diese 111.000 EUR waren komplett steuer- und abgabenfrei.

111.000 EUR netto entsprechen bei einer Steuer- und Abgabenquote von sagen wir 45 Prozent einem zusätzlichen Bruttoverdienst von über 200.000 EUR.

Zur Erinnerung, das Bruttoeinkommen des deutschen Bundeskanzlers beträgt 290.000 EUR. Allein die Sitzungspauschale von Schulz, die zum Grundgehalt, zur allgemeinen Kosten-, zur Residenz- und zur Repräsentationszulage nochmals oben draufkam, war also mehr als zwei Drittel des gesamten Bundeskanzlerverdienstes!

Rechnen wir jetzt alles zusammen, dann kam Martin Schulz, der kleine Buchhändler aus Würselen ohne richtigen Schulabschluss, als Präsident des Europäischen Parlaments auf über 280.000 EUR jährlich netto.

Bei einer Steuer- und Abgabenquote von 45 Prozent entspricht dies brutto über 500.000 EUR.

Und die 18 Jahre zuvor als EU-Abgeordneter verdiente er ja auch alles andere als schlecht und hatte unzählige Vergünstigungen. Jetzt verstehen Sie wahrscheinlich, weshalb Martin Schulz Multi-Millionär sein dürfte.

Das Millionenvermögen von Martin Schulz kommt nicht aus einer erfolgreichen Arbeit als Unternehmer oder von einem Lottogewinn, sondern von den europäischen Steuerzahlern, insbesondere von den deutschen Steuerzahlern, die er zusammen mit den Grünen und Linken, darauf deutet vieles hin, zukünftig noch mehr schröpfen möchte.

Mag sein, dass von diesen über 280.000 EUR noch irgendwelche Dinge abgingen, die er kaufen musste, Büromöbel, neue schicke maßgeschneiderte Anzüge oder was auch immer. Aber Letzteres müssen andere auch kaufen und letztlich wissen wir das nicht, wo das Geld hinging.

Nun habe ich nicht grundsätzlich etwas dagegen, wenn Menschen, die aus einfachen Verhältnissen kommen, ich tue das selbst auch, es weit nach oben bringen, wenn sie sehr ehrgeizig sind und für sich selbst etwas erreichen wollen im Leben. Ich finde das grundsätzlich gut, wäre sogar bereit, das als eine Tugend anzusehen. Ein gesunder Ehrgeiz und auch ein gewisser Machtwille kann durchaus etwas Positives sein, wenn dabei nicht über Leichen

gegangen wird. Die Erfahrung zeigt aber, dass so ein extremer Aufstiegs-wille von Leuten, die von ganz unten kommen, nicht selten mit erheblichen charakterlichen Mängeln einhergeht. Ob das bei Martin Schulz der Fall ist, möge ein jeder für sich selbst beurteilen.

Aufschlussreich könnte hierbei folgender Sachverhalt sein. Als im April 2014 Journalisten von Report Mainz der Geschichte mit der steuer- und abgabenfreien Sitzungspauschale in Höhe von ca. 111.000 EUR jährlich auf die Schliche kamen und Schulz zur Rede stellen wollten (siehe das kurze Video unten), kanzelte Schulz den jungen Reporter zunächst recht hochmütig und barsch ab, nach dem Motto, er habe keine Ahnung und solle erstmal lernen, sauber zu recherchieren. Und schwupps hatte Schulz sich auch schon umgedreht und ging weg. Als der junge Reporter ihm nachrief, ob er diese zusätzlichen steuerfreien 111.000 EUR nicht erhalten würde, rief dieser zurück: „Nein!“. Das stimmt aber nicht. Schulz bezog diese 111.000 EUR jedes Jahr on Top fast zwei und ein viertel Jahre lang.

Erst im April 2014, als Reporter begannen, der Sache nachzugehen, ließ er diese steuerfreien Zusatzzahlungen der Sitzungspauschale einstellen, behauptete aber, er habe das schon zuvor angeordnet.

Gegenüber dem Journalisten von Report Mainz hatte er aber auch behauptet, diese Sitzungspauschale gar nicht zu beziehen. Hier sagte er offensichtlich nicht die (volle) Wahrheit. Und da kaum von einem Nichtwissen ausgegangen werden kann – er wusste ja wohl, dass er dieses Geld jeden Monat überwiesen bekam – stellt sich die Frage, ob er bewusst und gezielt gelogen hat und damit die Frage nach seiner Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit.

Aber wie sagte sein Kumpel Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, schon vor Jahren: „Wenn es eng wird, muss man lügen“.

Report Mainz fragte übrigens mehrfach nach, ob er seine Behauptung, schon zuvor angeordnet zu haben, diese Zusatzzahlungen der steuerfreien 111.000 EUR jährlich einzustellen, nicht irgendwie belegen könne. Es müsse doch irgendetwas dazu geben. Einen solchen Beleg legten Schulz und sein Büro aber niemals vor.

Warum nicht? – Und warum wurde niemals eine Gegendarstellung verlangt?

– Vor allem aber: Warum fand er selbst das die Jahre zuvor nicht anstößig, diese 111.000 EUR pro Jahr steuer- und abgabenfrei auch noch zusätzlich zu seinem Monstergeloh einzukassieren, als ihm noch niemand auf die Schliche gekommen war?

Für die SPD mag all das keinerlei Rolle spielen. Sie haben ihren neuen Hoffnungsträger, der ihnen ein paar Prozentpünktchen mehr einzubringen verspricht als der unbeliebte Sigmar Gabriel, den die Leute schon kannten und wussten, was sie von ihm zu halten haben. Martin Schulz kennen die Deutschen bisher kaum. Dies sollten kritische und investigative Journalisten, die anders agieren als die artige Anne Will – selbst absolute Top-Verdienerin und Teil des Establishments – ändern.

Das Einzige, was für die SPD zählen dürfte, ist wohl, ob sie jemand aus dem 20 Prozent-Tal der Tränen rausholen kann. Wer und wie, wird ihnen letztlich egal sein. Die Genossen waren da noch nie kleinlich. Doch uns Bürgern und Wählern sollte das nicht egal sein.

Die Leute sollen wissen, mit was für einem Mann sie es hier zu tun haben, der vor Selbstbewusstsein (oder Selbstüberschätzung?) nur so strotzt, sich schon als den kommenden, als den idealen Kanzler sieht, der sich als integerer Anwalt der kleinen Leute aufspielt, in Wirklichkeit aber einer der größten Abkassierer von allen gewesen zu sein scheint.

Quellen:

WELT: Üppiges Tagegeld stellt Schulz' Versprechen infrage

Bild: Schulz vs. Lammert: Gehaltsvergleich der Präsidenten

Focus: So sammelt Martin Schulz Zulagen für sein Monstergeloh

DEUTSCHE WIRTSCHAFTS NACHRICHTEN: EU-Politiker-Gehälter: Die größte Selbstbedienung aller Zeiten

Die Analyse: Stiglitz: „Deutschland muss Trump klare Kante zeigen – sonst kollabiert der Westen“

Donald Trump geht auf Kurs gegen den Freihandel und das deutsche Exportwunder. Deutschland sollte sich wehren, sagt Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz im Interview mit EurActiv's Medienpartner „WirtschaftsWoche“ – und Trump zur Not vor internationalen Gerichten verklagen. Joseph E. Stiglitz ist ein US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Ökonomie-Nobelpreisträger. Er war von 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank und von 2011 bis 2014 Präsident der International Economic Association.

Herr Stiglitz, wie sehr muss sich die deutsche Wirtschaft vor Donald Trumps Anti-Freihandels-Kurs fürchten?

Was Donald Trump da verbreitet, ist ja kein Gedanke, der durch irgendwelche empirischen Erfahrungen zu belegen wäre. Insofern müsste man das eigentlich nicht so ernst nehmen. Das Problem ist nur: Er glaubt vermutlich sogar, was er da sagt.

Und er wirkt relativ entschlossen, die Globalisierung, wie wir sie kannten, zurückzudrehen – um jeden Preis.

Sie dürfen nicht so sehr darauf achten, was er sagt, sondern wie er es sagt. Trump ist ein Dealmaker. Er geht die Dinge erstmal nicht so an, dass er etwas absolut Richtiges sagt, sondern indem er erstmal den Ton setzt. Das heißt aber nicht unbedingt, dass darauf auch inhaltlich etwas Schlimmes folgt. Er checkt erst die Lage und schaut dann, ob seine Gegenüber klein beigeben oder ob man etwas dealen kann.



Es könnte also auf die Polemik noch immer sachlich richtige Politik folgen?

Naja, wenn man den harschen Ton einmal ausblendet, dann weißt Trump ja durchaus auf etwas richtiges hin: Freier Handel ist keine Einbahnstraße, sondern ein Weg mit zwei Richtungen. Und im Idealfall ist in beiden Richtungen ähnlich viel Verkehr.

Also alles halb so schlimm?

Was mich viel mehr stört, ist die Art, wie er seine Politik offenbar nun vorantreiben möchte: Wir, die Staaten des Westens, haben 60 Jahre lang an einer internationalen Ordnung gebaut. Die mag nicht perfekt sein, aber sie hat eine gewisse Stabilität und Berechenbarkeit gebracht. Trump scheint nun, um kurzfristige Erfolge vorzeigen zu können, diese 60 Jahre mit einem Streich wegwischen zu wollen. Die Fra-

ge wird sein: Was machen die Republikaner. Nahezu alle Institutionen des Westens sind unter ihrem maßgeblichen Einfluss mit entstanden. Bekennt sich die Republikaner mit ihrer Mehrheit im Kongress zu diesen Werten, oder schwenken sie opportunistisch auf Trump ein?

Aber Trumps Skepsis gegenüber internationaler Zusammenarbeit und internationalem Handel scheint sich auf eine Mehrheit in der Bevölkerung zu stützen. Dem müssen die Republikaner doch auch Rechnung tragen.

Seine Haltung gegenüber Handelsabkommen ist, nun ja, diskussionswürdig. Es ist doch bigott zu argumentieren, die USA seien ein Verlierer internationaler Handelsregime. Fragen Sie mal Schwellenländer, fragen Sie Mexiko, wie die die amerikanischen Agrarexporte sehen.

Viele Arbeiter im Westen sehen das aber genau so.

Wenn Trump sagt, das nordamerikanische Handelsabkommen Nafta sei das schlechteste aller Zeiten, dann muss ich doch fragen: Wo hat sich eigentlich seit Inkrafttreten die Wirtschaft besser entwickelt – in den USA oder in Mexiko? Schauen Sie sich doch den Zustand Mexikos heute an. Und es ist doch nicht so, als ob Mexiko vor Inkrafttreten von Nafta auf alle Exporte in die USA 35 Prozent Zölle zahlen musste. Im Gegenteil: Auch damals wurde eher eine niedrige einstellige Zahl an Zöllen im Durchschnitt erhoben.

Also lügt Trump?

Was er da behauptet ist schlicht und einfach falsch.

Was kann ihn von seinem Kurs abbringen?

Es ist sehr wichtig, dass Deutschland nun klare Kante zeigt und im Umgang mit Trump Stärke demonstriert. Die Deutschen müssen sagen: Wir stehen zur vorhandenen internationalen Ordnung. Wir glauben an den Freihandel, wie er vertraglich zwischen den Nationen festgehalten wurden.

Drohen ist das eine. Man müsste diese Drohungen aber auch umsetzen können. Wie soll das gehen?

Es gibt viele Wege. Man kann die USA isolieren. Vor allem aber kann man vor dem Schiedsgericht der Welthandelsorganisation klagen. Und das sollte

Deutschland tun, sobald Trump den ersten Schritt geht, der nicht mit den WTO-Normen vereinbar ist. Wer, wenn nicht die Deutschen, haben die Verpflichtung dazu? Sie wissen doch aus eigener Erfahrung, was passiert, wenn man sich unilateral aus bestehenden völkerrechtlichen Übereinkünften verabschiedet. So entstanden schließlich der Erste und der Zweite Weltkrieg.

Deutschland und Europa scheinen nicht in bester Form, um Trump entschieden entgegenzutreten. Die Flüchtlingskrise, die Eurokrise, das Erstarken des Rechtspopulismus – all das schwächt die Europäer und dürfte doch nicht dazu führen, dass Trump sie ernst nimmt.

Sie sind stark genug. Wenn sie es nicht machen, ist das internationale Recht, wie wir es kennen, und damit der Westen tot. Der einzige Sinn von internationalem Recht ist doch, Großmächte zur Verantwortung ziehen zu können. Kleine Nationen lenken von selbst ein. Wenn Trump, wie Sie sagen, ein Deal-maker ist, muss man ihm auch etwas anbieten, damit er seinen Kurs ändert.

Das internationale Handelsrecht gibt genügend Spielraum, innerhalb dessen Trump Schritte einleiten könnte, um seinen Zielen näher zu kommen.

Gehört zu einem Deal auch, dass sich Länder wie Deutschland und China, die seit Jahren auf starke Exporte setzen und somit gegenüber vielen Ländern

der Welt gigantische Handelsüberschüsse aufgebaut haben, ein neues Geschäftsmodell suchen?

Natürlich haben Länder wie vor allem China und Deutschland derart auf Exporte gesetzt, dass ihre Handelsbilanz so unausgeglichen wurde, dass es nicht mehr nachhaltig ist. Man darf sich deshalb nicht wundern, wenn sich dagegen irgendwann in anderen Ländern politischer Protest formiert. Ob das nun in den USA ist, die sowohl gegenüber China als auch gegenüber Deutschland, ein Handelsdefizit haben, oder ob das im Süden Europas ist.

Stiglitz: „Der leichteste Weg wäre es, wenn Deutschland Europa verlässt.“

Muss sich die deutsche Politik dieser Diskussion jetzt neu stellen, um Trump nicht mehr Argumentationsmaterial zu geben?

Bisher war Südeuropa nicht stark genug, um Deutschland auf eine Wirtschaftspolitik zugunsten des gesamten Euroraums zu zwingen. Trump könnte dies nun tun, was viele Südeuropäer freuen dürfte. Das Tragische ist nur: Kann Trump Erfolge vorzeigen, wird das den demokratischen Kräften in Südeuropa kaum mehr nützen, sondern eher jenen Bewegungen, die Trump nachzueifern versuchen.

Wie gefährlich ist ein Übergreifen des Trumpismus auf andere Länder für die

Weltwirtschaft?

Wenn es Trump gelingt, in der ersten Phase seiner Amtszeit Erfolge, und seien sie auch nur symbolisch, vorzuweisen, wird sich seine Art des Politikmachens wie eine Seuche in den Industrieländern des Westens ausbreiten. Politische Ideen überschreiten Grenzen, wenn sie eine kritische Masse an Anhängern erreicht haben. So war es Mitte der 90er Jahre mit dem so genannten dritten Weg der Sozialdemokraten. So könnte es jetzt mit Trumps Lügen-Populismus sein. Zumindest so lange, wie seine Anhänger zu Recht auf Probleme des Wirtschaftssystems hinweisen, die einfach nicht zu leugnen sind.

Welche sind das?

Die wachsende Ungleichheit in allen westlichen Ländern zum Beispiel. Die verheerende Wirkung der Euro-Politik. Oder der fehlende politische Wille, die Digitalisierung zu gestalten. Da hat der Kapitalismus bisher versagt.

Kann Trump auf diese Probleme langfristige Antworten geben?

Langfristig kann nicht funktionieren, was er vorhat. Kurzfristig aber könnte er einige Symbolerfolge erzielen. Das Einzige was ihn davon abhalten kann, ist ein entschiedener internationaler Gegenwind, am besten von Deutschland organisiert.

Joseph Stiglitz: „Wir haben bald einen Chef-Steuerflüchtling als US-Präsident“

Starökonom Joseph Stiglitz fordert eine komplette Austrocknung der Steuererosen - und wirft Europa und den USA schwere Versäumnisse vor. Ländern, die Steuerflucht fördern, sollte der Zugang zu Freihandelsabkommen und Banken verwehrt werden, fordert Joseph Stiglitz als Konsequenz aus den Panama Papers. Europa solle sich nach der Trump-Wahl im Kampf gegen Steuerflucht an die Spitze stellen.

„Geheimniskrämerei gehört zur Schattenseite der Globalisierung, das Verstecken von Geld aus Geldwäsche oder Steuerflucht untergräbt die Funktionsweise unserer Gesellschaften.“ Mit scharfen Worten hat Nobelpreisträger Joseph Stiglitz am Mittwoch eine Neugestaltung des derzeitigen internationalen Steuersystems verlangt – und radikale Forderungen auch an die EU gestellt.

„Wenn wir die Globalisierung nicht zähmen können, wird es eine Anti-Globalisierungswelle geben“, sagte Stiglitz vor dem Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers (PANA) im Europäischen Parlament. Eine Null-Toleranz-Politik sei dringend nötig.

UNKOOPERATIVEN LÄNDERN ZUGANG ZU FREIHANDELSABKOMMEN SPERREN

Wie diese Null-Toleranz-Politik aussehen könnte, dafür hat er einige Visionen: Eine davon lautet, unkooperativen Ländern den Zugang zu Freihandelsabkommen zu sperren. „Man könnte Bedingungen hineinschreiben, dass die Vorteile der Abkommen nur genutzt werden dürfen, wenn Mindestbestimmungen zur Transparenz eingehalten werden“.

Explizit lobte Stiglitz die Fortschritte, die seit den Panama Papers durch das US-Finanzministerium eingeleitet wurden, er entwarf aber auch einen eher pessimistischen Ausblick auf die Entwicklungen unter dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump. „Ich bin nicht allzu optimistisch, dass das unter unserer neuen Regierung so weiter geht, denn wir werden bald einen Steuerflüchtling als Präsident haben, sozusagen einen Chef-Steuerflüchtling.“

EUROPA MUSS SICH NACH TRUMPWAHL IM KAMPF GEGEN STEUERFLUCHT AN SPITZE STELLEN

Darum, so Stiglitz, bleibe nur eins: Europa muss sich im Kampf gegen Steuerflucht an die Spitze stellen. Dazu seien öffentlich durchsuchbare Register mit denen, die die Strippen ziehen sowie mehr Zugang für die Medien zu rele-

vanten Informationen nötig.

Stiglitz war ursprünglich von der panamaischen Regierung ernannt worden, um in einem Bericht fachkundige Ratschläge zur Überwindung der von den Panama-Papieren aufgedeckten Probleme zu erarbeiten.

Doch Stiglitz und der Schweizer Rechtsprofessor Mark Pieth warteten Wochen auf die Zusage, dass der Bericht öffentlich gemacht werden dürfe – vergeblich. Also arbeiteten sie auf eigene Faust an einer Studie weiter. Diese beinhaltet strenge Forderungen zum Ende des „zerstörerischen Steuerwettbewerbs“ zwischen Nationen, der Konzernen wie Apple einen effektiven Steuersatz von gerade einmal 0,005 Prozent auf ihre EU-Profite ermöglicht.

Es geht in dem Bericht also durchaus nicht nur um einschlägige Steueroasen wie Panama. 80 Prozent der Tätigkeiten aus den Panama Papers fanden nicht dort statt, so Stiglitz. In der City of London und den britischen Jungferninseln, aber auch in den USA gebe es Regionen, Bundesstaaten oder Länder, die sich nicht an gute Normen halten. „Die EU sollte Druck auf die Länder ausüben, das das funktioniert, sieht man in den USA“, so Stiglitz. Gleichzeitig müsse ein öffentliches Register geschaffen werden, das die wahren Eigentümer von Briefkastenfirmen auflistet.

Intensivieren ließe sich der Druck insbesondere durch strenge Sanktionen

gegen Länder und Unternehmen. Unlauter handelnde Firmen sollten laut Stiglitz ihre Lizenzen verlieren können. Länder, die sich nicht an die Transparenznormen halten, könnte man isolieren, sodass etwa europäische Banken mit diesen Ländern keine Geschäfte mehr machen dürften.

„Wenn sich Länder nicht an die Normen halten, haben sie eine ansteckende Krankheit und sollten nicht das Privileg bekommen, mit unseren Banken zusammenzuarbeiten“, meint er. Die steuerfreien Zonen in einigen Ländern seien besonders schädlich, weil sie es ermöglichen, Geld zu waschen.

WACHSTUM IN IRLAND IST EIN „SCHEINWACHSTUM“

Was mit schädlich gemeint ist, erläuterte Stiglitz am Beispiel Irland, dessen Regierung dem Apple-Konzern laut EU-Kommission über viele Jahre die Besteuerung von nahezu sämtlichen Gewinnen erspart hatte.

„Einen Nullsteuersatz haben wir am Ende, wenn wir den Steuerwettbewerb zulassen – dann müssen ungerechterweise andere die Steuerlast schultern.“ Das Wachstum in Irland sei letztlich ein „Scheinwachstum“, so Stiglitz.

Denn ohne Steuereinnahmen könne ein Land auch keine Zukunftsinvestitionen durchführen – und das betreffe die gesamten Zukunftsaussichten von Euro-

pa und der Welt.

„Es gibt keine Ausreden mehr für Europa, nicht zu liefern“, kommentiert der Europaabgeordnete Fabio De Masi (DIE LINKE.), stellvertretender Vorsitzender des PANA-Ausschusses, die Rede von Stiglitz.

De Masi fordert „brutale Transparenz bei Firmeneignern und Konzernprofiten über lückenlose und öffentlich einsehbare Register der wirtschaftlich Begünstigten sowie länderspezifische Konzernberichte“.

Doch letztere wurden erst diese Woche im Ministerrat durch ein Rechtsgutachten torpediert.

Stiglitz bleibt dennoch optimistisch: „Ich glaube das ist ein Krieg, den wir gewinnen können“, sagte er. „Aber wir brauchen Anreize für Hinweisgeber. In manchen Ländern können aber gerade die im Gefängnis landen. Solche Länder sollten auch auf der schwarzen Liste landen.“

Quelle:

<http://www.wiwo.de/politik/ausland/joseph-stiglitz-deutschland-muss-trump-klare-kante-zeigen-sonst-kollabiert-der-westen/19264112.html>

Bildquelle:

joseph_stiglitz_creditgovernmentza_flickr.jpeg

USA

Trump: Schluss mit dem 11. September!

Präsident Donald Trump übernahm am 20. Januar 2017 sein Amt. Während er gerade den Eid ablegte und noch nichts Gutes oder Schlechtes getan haben konnte, haben die Sponsoren von Hillary Clinton schon am nächsten Tag in Washington eine massive Demonstration gegen ihn organisiert. Der Beweis, dass, was auf dem Spiel steht, nicht nur die Vereinigten Staaten betrifft, sind die in vielen Ländern stattfindenden gleichen Demonstrationen, besonders im Vereinigten Königreich. Natürlich reagieren die Demonstranten nicht auf irgendeine Handlung im Besonderen, sondern begnügen sich lediglich mit der Äußerung ihrer Angst. Viele trugen Spruchbänder: „Ich bin entsetzt.“

Von Thierry Meyssan

Donald Trump, den seine Gegner als skurril, ohne klare politische Linie beschreiben, hat seit langer Zeit gezeigt, was er zu tun gedenkt. Er hat es zuerst gezeigt, und dann sowohl durch Anspielungen als auch offen ausgedrückt: er will dem amerikanischen Volk die Macht, die ihm am 11. September 2001 entzogen wurde, wieder zurückgeben [1].

Noch bevor er sich in den Wahlkampf stürzte hat Donald Trump versucht den Ordner dieser gestohlenen Macht zu öffnen, indem er die Bewegung für die Wahrheit über die Geburt von Präsident Barack Obama sponserte [2]. Er zeigte, unter Berufung auf das Zeugnis der Großmutter des Präsidenten und dann wegen des Fehlens der Eintragung in das Geburts-Register von Hawaii, und dann noch wegen der Ordnungswidrigkeiten des offiziellen Zertifikats, dass er als Untertan der britischen Krone in Kenia geboren wurde. Jedoch während des Wahlkampfes, als er den Eindruck hatte, dass er ihn gewinnen könnte, hat er diesen Ordner geschlossen und hat sich jeglicher Pro-

vokation gegen den Präsidenten enthalten. Er enthielt sich jeglicher Anspielung auf die Doppelherrschaft der Macht. Er konzentrierte jedoch seine Botschaft auf die Usurpation der tatsächlichen Macht durch eine Clique, deren sichtbare Wortführerin Hillary Clinton ist.

Seine politische Stellungnahmen, die im Lichte der traditionellen Meinungsverschiedenheiten keinen Sinn haben, sei es in Sachen Außenpolitik - ist er Isolationist oder Interventionist? - oder in Wirtschaftsfragen - ist er für Freihandel oder Protektionismus?-, sind im Gegenteil klar für diejenigen, die unter der Machtanmaßung leiden [3]. Er wiederholte deutlich genug, um von seinen Mitbürgern unterstützt zu werden, aber gewissermaßen nur mit Anspielungen, um den frontalen Schock zu vermeiden, dass alle Entscheidungen seit dem 11. September illegitim waren. Das hat nichts mit dem Antagonismus zwischen Republikanern und Demokraten zu tun, weil diese Entscheidungen durch den Republikaner Bush Jr. und

den Demokraten Obama bestätigt wurden. Im Gegenteil, es hat mit einer alten zivilisatorischen Kluft zwischen der Kaste zu tun, die am 11. September ihre Augen geschlossen hat und jenen, die unterdrückt wurden, zwischen den Anhängern des Puritanismus der Mayflower und jenen der Freiheit [4].

Anders als seine Vorgänger, er schrieb selbst seine Antrittsrede und zentrierte sie auf folgendes: „Die heutige Feierstunde hat eine sehr spezifische Bedeutung, weil es sich nicht nur die Übergabe der Macht von einer Verwaltung zur anderen oder von einer Partei zur anderen handelt. (...) Was wirklich zählt, ist nicht, wer die Macht in der Regierung innehat, sondern die Tatsache, dass die Regierung in den Händen des amerikanischen Volkes ist“ [5].

Seit dem ersten Tag, und im Gegensatz zur Tradition in den USA, hat er ein Team der nationalen Sicherheit aufgestellt, das aus großen Soldaten besteht: die Generäle James Mattis, John Kelly und Michaël Flynn. Während die Presse

das Team als einen Haufen von inkohärenten, unabhängig voneinander gewählten Persönlichkeiten, präsentiert, hat er es stattdessen aufgebaut, um die von einer Fraktion des militärisch-industriellen Komplexes beschlagnahmte Macht wieder zu übernehmen.

Der neue US-Verteidigungsminister, General James Mattis, wurde vom Senat bestätigt und hat den Eid abgelegt. Er wird von seinen Kollegen als Gelehrter und als einer der besten Strategen seiner Generation angesehen. Während des Wahlkampfes wurde ihm angeboten, im Auftrag der Republikanischen Partei Kandidat gegen Trump zu sein. Er hatte einen Moment gezögert, hatte die verdeckte Seite der Politik in Washington entdeckt, und zog sich dann ohne Erklärungen von dem Wahlkampf zurück [6]. Seine Rückkehr wurde innerhalb der Streitkräfte herzlich begrüßt, da zwei Drittel des Militärs für Donald Trump gestimmt haben. In den vergangenen zwei Jahren war Mattis Forscher am Hoover-Institut (republikanische Denkfabrik mit Basis an der Stanford University). Er hat dort eine Studie über die Beziehungen zwischen Zivilisten und Militär unternommen, die seine Bereitschaft bescheinigt, die Streitkräfte in den Dienst des Volkes zu stellen.

Bei seiner Ankunft im Pentagon hat Mattis ein kurzes Memorandum vorgelegt, in dem er sagt, dass „das Militär und die Geheimdienst-Agenturen die Wächter und Hüter der Nation sind“,

ein Satz, der darauf abzielt, den Konflikt über Russland zwischen Trump und dem ehemaligen CIA-Direktor, John O. Brennan, zu beruhigen und die Arbeit der Sicherheitskräfte auf die Verteidigung der Nation umzuleiten, anstatt imperiale Schimären zu verfolgen oder für den Schutz der Interessen der multinationalen Unternehmen zu arbeiten [6].

Für den kommenden CIA-Direktor, Mike Pompeo, der noch immer keine Kongress-Bestätigung erhalten hat, ist Präsident Trump selbst zur CIA gegangen. In einem Gespräch über allerlei Dinge stellte er klar die Weichen: „den islamistischen Terrorismus von der Erde zu verbannen.“ [7]. Er schien die Debatten über den Wahnsinn der Unterstützung von Daesh zu kennen, die die Agentur seit vier Jahren erschüttert haben; Debatten, die seinem National Security Berater, General Michael Flynn, Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, den Posten gekostet haben. Trump machte keine Erwähnung der Kontroverse über eine mögliche russische Einmischung in die US-Wahlkampagne und noch weniger über die Rolle der „Russischen Agenten“, die die Presse seinem ehemaligen Wahlkampfmanager, Paul Manafort und zwei anderen Beratern, Carter Page und Roger Stone, zugeschrieben hat. In Abwesenheit von Pompeo hat der Präsident das Problem der Strukturreform der CIA nicht angeschnitten. Das Memorandum von General Mattis, die

Gegenwart von General Flynn an Seiten von Trump, und die Art und Weise wie Letzterer Pompeo gelobt hat, - brillanter Student der Militärakademie von West Point - machen den Eindruck, dass das neue Team die CIA in unmittelbare Nähe des Pentagons und nicht des Außenministeriums bringen will; eine Option, die dazu bestimmt ist, die Interventionsmittel von Hillary Clinton, die immer noch Einfluss auf ihr ehemaliges Ministerium hat, abzuschneiden.

Donald Trump hat etwa 50 Mitglieder der Obama-Administration gebeten, auf ihren Posten zu bleiben. Unter ihnen:

- Brett McGurk, Sondergesandter der Anti-Daesh-Koalition;
- Adam Szubin, Staatssekretär des Finanzministeriums, verantwortlich für die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus;
- Nicholas J. Rasmussen, Direktor des nationalen Anti-Terror-Zentrums;
- Dab Kern, Chef des militärischen Personalstabes des Weißen Hauses. Es scheint also, dass das Weiße Haus sofort ein Team haben will, um gegen Daesh kämpfen zu können.

Der Chef des Führungsstabes Inter-Armeen, General Joe Dunford, hat angekündigt, dass er bereit wäre, Präsident Trump Angriffs-Optionen gegen Daesh vorzulegen. Eine von ihnen wäre, Rakka mit den vom Pentagon bereits ausgebildeten 23 000 arabischen Söldnern einzunehmen. Dunford war am 16. Januar in Paris, wo er ein Treffen der Stabschefs der Koalition präsierte.

Was auch immer Donald Trump beschließen sollte, er muss die Tatsache berücksichtigen, dass das Kalifat von der Obama-Administration schwer bewaffnet wurde. Daesch hat auch eine Kampferfahrung, die den neuen Söldnern des Pentagons fehlt. Darüber hinaus muss er vor dem Angriff auf Rakka entscheiden, welche Zukunft er im Irak und in Syrien fördern will.

Präsident Trump hat seinen Heimatsicherheits-Sekretär, General John Kelly, ernannt, der vom Senat bestätigt wurde und sein Amt angetreten hat. Nach Angaben der US-Presse - eine unzuverlässige Quelle die Vorsicht verlangt - wäre der ehemalige Chef des South-Com wegen seiner Kenntnisse der mexikanischen Grenze und damit zusammenhängenden Fragen gewählt worden. Möglich.

Aber es könnte einen anderen Grund geben: Kelly war Assistent von Mattis im Irak. Im Jahr 2003 kamen beide in Konflikt mit Paul Bremer III, dem Leiter der Übergangsbehörde der Koalition -, die im Gegensatz zu dem, was ihr Name andeutet, nicht von der Koalition abhing, sondern von Leuten, die den 11. September organisiert haben [8] —. Sie widersetzten sich auch dem Bürgerkrieg, den John Negroponte beschlossen hatte zu organisieren, um den irakischen Widerstand vom Kampf gegen die Besatzer abzulenken, durch die Schaffung des islamischen Emirats

im Irak (zukünftiges Daesch). Mattis & Kelly versuchten stattdessen, die Chefs der Stämme des Zentrums des Irak zu ehren, um nicht mehr als Besatzer wahrgenommen zu werden. Sie stützten sich daher auf den Chef des US-Militärnachrichtendienst, Michaël Flynn. Die drei Männer beugten sich schließlich aber den Befehlen des Weißen Hauses.

General Michaël Flynn wurde zum National Security Berater von Donald Trump ernannt. Dieser Posten braucht aber nicht vom Senat genehmigt zu werden; sofort trat er sein Amt an. Wir haben ihn bereits unseren Lesern als Verteidiger der Vereinigten Staaten als Nation vorgestellt, und als solchen, als den führenden Gegner der Verwendung des islamistischen Terrorismus durch die CIA [9].

Da Hillary Clinton und ihr Kampagnen-Manager John Podesta mit allen Mitteln versuchten seine Autorität zu reduzieren, verbreiteten sie das Gerücht, dass er oder sein Sohn, Michael Flynn Jr., ihren Mund nicht halten könnten und uns geholfen hätten, einen Artikel über die Reform des Geheimdienstes zu schreiben [10]. Für den Fall, dass diese grundlose Anschuldigung nicht ausreichen würde, verwendeten sie einen Tweet von Michael Jr., unter Bezugnahme auf einen unsrigen Artikel, um die beiden Männer der „Verschwörungstheorien“ zu beschuldigen - d.h. Aufschluss über die Ereignisse des 11.

September geben zu wollen-. [11].

Im Gegensatz zu dem was die amerikanische Presse vorgibt, kennen General Flynn, Mattis & Kelly einander seit langem und dienen dem gleichen Objektiv - was nicht bedeutet, dass die Beziehungen zwischen ihnen immer einfach sein werden -. Nur hochrangige Offiziere dieser Größe sind fähig, Präsident Donald Trump zu helfen, die seit dem 11. September 2001 usurpierte Macht wieder zu erringen. Damit dies gelingt, müssen sie das Pentagon und die internationalen Institutionen reinigen, die untergraben wurden, wie die NATO, die Europäische Union und die Vereinten Nationen.

Die Millionen Leute, die gegen Präsident Donald Trump protestiert haben, hatten Recht, ihre Angst zu sagen. Nicht, dass der neue Gast des Weißen Hauses frauenfeindlich, rassistisch und homophobe wäre - er ist es nicht - sondern weil wir uns dem Moment der Lösung nähern. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die usurpierte Macht sich nicht einfach entmachten lassen wird, ohne zu reagieren.

Diese Konfrontation wird dieses Mal nicht im Mittleren Erweiterten Osten stattfinden, sondern sicher im Westen und insbesondere in den Vereinigten Staaten.

Übersetzung aus dem Französischen
Horst Frohlich

Quellen:

[1] L'Effroyable Imposture suivi de Le Pentagate, par Thierry Meyssan, Editions Demi-Lune, première édition 2003.

[2] « La Cour suprême appelée à suspendre l'élection de Barack Obama », « En 1979, l'administration US considérait Obama comme étranger », « Barack Obama publie un certificat de naissance retouché sur le site de la Maison-Blanche », Réseau Voltaire, 9 décembre 2008, 16 février 2010 et 5 mai 2011.

[3] „15 Jahre Verbrechen“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 12. September 2016.

[4] „Werden sich die Vereinigten Staaten reformieren oder zerreißen?“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 26. Oktober 2016.

[5] “Donald Trump Inauguration Speech”, by Donald Trump, Voltaire Network, 21 January 2017.

[6] “James Mattis Memo”, by James Mattis, Voltaire Network, 21 January 2017.

[7] “Donald Trump at CIA Headquarters”, by Donald Trump, Voltaire Network, 21 January 2017.

[8] « Qui gouverne l'Irak ? », par Thierry Meyssan, intervention à la Conférence internationale de solidarité avec la Résistance irakienne, Réseau Voltaire, 13 mai 2004.

[9] „Michael T. Flynn und der Islam“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Al-Watan (Syrien), Voltaire Netzwerk, 22. November 2016.

[10] „Die Reform des Geheimdienstes laut General Flynn“, von Thierry Meyssan, Übersetzung Horst Frohlich, Contralínea (Mexiko), Voltaire Netzwerk, 1. Dezember 2016.

[11] „Podesta & Clinton gegen Flynn“, Übersetzung Horst Frohlich, Voltaire Netzwerk, 19. Januar 2017.

EU

Raus aus der EU, rein in die Demokratie: Wahlbetrug um EU-Parlamentspräsident aufgefliegen

Der Mann, der sich um die Nachfolge von Martin Schulz bewirbt, ist die Inkarnation des korrupten, antidemokratischen Dunkelmannes: Von der belgischen Investmentgesellschaft Sofina steckte er 130.500 Euro zur linken Hand ein, von der belgischen Gastanker-Reederei Exmar bekam er 60.000 Euro fürs Zuhören und Schweigen, von der niederländischen Versicherungsgesellschaft APG nahm er mit Vergnügen 42.840 Euro, um sein schlechtes Gehalt aufzubessern.

Von Ulrich Gellermann, Berlin

Niemand wäre ein besserer künftiger EU-Parlamentspräsident gewesen als der belgische EU-Abgeordnete Guy Verhofstadt. Der Mann, der sich um die Nachfolge von Martin Schulz bewirbt, ist die Inkarnation des korrupten, antidemokratischen Dunkelmannes: Von der belgischen Investmentgesellschaft Sofina steckte er 130.500 Euro zur linken Hand ein, von der belgischen Gastanker-Reederei EXMAR bekam er 60.000 Euro fürs Zuhören und Schweigen, von der niederländischen Versicherungsgesellschaft APG nahm er mit Vergnügen 42.840 Euro, um sein schlechtes Gehalt aufzubessern.

Denn von 8.000 Euro monatlich fürs Absitzen – ausgepolstert nur durch eine unkontrollierte Kostenpauschale von 4299 Euro im Monat – kann so ein flotter Abgeordneter wie Verhofstadt natürlich nicht leben. In der Griechenlandkrise pöbelte er den griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras sieben Minuten lang unqualifiziert an, warf ihm Klientelismus vor, saß aber selbst gleichzeitig im Aufsichtsrat eines Unternehmens, das von den Privatisierungen in Griechenland profitierte.

Nur so geht EU: Lobbyismus und Scheinparlamentarismus bestimmen den Gang des EU-Parlamentes. Das alles symbolisiert Guy Verhofstadt perfekt. Aber der hochgelobte „Vollbluteu-

ropäer“ Verhofstadt machte bei seiner Bewerbung um den Job als Parlamentspräsident einen Fehler. Nicht, dass bei ihm noch mehr Geld aus dunklen Quellen aufgedeckt wurde, das hätte ja wie bisher eher seine Eignung bewiesen. Nein, er wollte, um seine Wahl nur ja abzusichern, einen Deal mit der italienischen 5-Sterne-Bewegung (MoVimento 5 Stelle) fingern. Aber die gelten nun mal als EU-kritisch.

Das hat Manfred Weber aus Niederhatzkofen, den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), nicht ruhen lassen: Um die Kandidatur des belgischen Liberalen zum Platzen zu bringen, zog er ein Geheimpapier aus der Tasche. Seit 2014 ist das Papier streng unter Verschluss – obwohl jeder in Brüssel wusste, was drin steht: Sozial- und Christdemokraten teilen sich den Präsidentenposten, mit Zustimmung der Liberalen: Zweieinhalb Jahre machte Martin Schulz den Job, dann sollte ein Konservativer übernehmen.

So geht die spezielle EU-Demokratie. Nicht, dass die EU-Parlamentarier ernsthaft was zu sagen hätten: Entscheidungen fallen immer in der Europäischen Kommission (EK), bei den Vertretern der nationalen Regierungen. Nicht, dass die Bevölkerung der EU jemals ernsthaft über die Verfassung der

Union (☐ kompletter Text als PDF_Symbol.gif-Version siehe Anhang!) hätte entscheiden können. Aber das Dekorum, der demokratische Tarnanstrich, den hätte man doch gern gewahrt. Jetzt schreit Manfred Weber in höchster Not, damit er seinem konservativen Kandidaten die monatlich rund 18.000 Euro an steuerfreien Zuschlägen zum fetten Grundgehalt sichern kann, das offene Geheimnis auf dem Markt aus: Ätsch, auch in diesem EU-Fall wird nichts gewählt, blödes Wahlvolk, der Parlamentspräsident wird im Hinterzimmer ausgekungelt.

Manfred Weber ist eine Blüte der Eurokratie. Er ist der Vertreter einer „christlich-konservativen und liberalen Erneuerung“, und sagt deshalb: „Wir müssen zurück zu Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit finden“. Christlich heißt für ihn offenkundig, dass Bescheissen unter das Beichtgeheimnis fällt. Aber Weber hat tolle Gründe für den Pakt gegen das EU-Parlament und teilt den Wählern mit, das Geheimpapier sei: „Eine Partnerschaft gegen den Extremismus in diesem Haus, gegen die Anti-Europäer.“ Es könnte doch sein, dass jemand falsch wählt, das müssen die verlässlichen Eurokraten aber schleunigst korrigieren. So geht glaubwürdig. Deshalb ist Weber auch ein Befürworter der Vorratsdatenspeicherung. Wie soll man sonst das dumme Wahlvolk

kontrollieren? Und natürlich ist er auch für die Löschung „extremistischer Webseiten“. Wahrscheinlich gibt es längst ein Papier von den Spitzen der Sozial- und Christdemokraten, in dem festgelegt wird was „Extremismus“ ist.

Dem „Kampf gegen Extremismus“ ist die EU auch außerhalb ihrer Grenzen verpflichtet. Unter dem Etikett der Terrorismusbekämpfung stockt die Bundeswehr gerade ihre Truppen in Mali zu ihrem größten Auslandseinsatz auf. Sicher werden die EU-Bürokraten auch entscheiden, wer Terrorist ist. Zwar ist die Operation MINUSMA in Mali UN-basiert (verlogenerweise wird sie als „Friedensmission zur Stabilisierung“ bezeichnet), wurde aber auf Betreiben Frankreichs initiiert, um die ökonomischen und militärischen Interessen der alten Kolonialmacht zu sichern. Dass es dort auch um Rohstoffe geht, an denen andere EU-Staaten ebenfalls interessiert sind, lässt die Bundeswehr zu echter Höchstform auflaufen.

Ein weiteres Afghanistan zeichnet sich ab. Bald werden 1.000 Soldaten der deutschen Armee dort in den Dienst kapitaler Interessen ziehen. Der malische Bürgerkrieg ist sowohl eine Folge der Unterdrückung der Tuareg als auch der Liquidierung Gaddafis, der Teile der Tuareg an sich gebunden hatte. Aber das interessiert Leute wie Verhofstadt oder Weber nicht. Auch so geht die EU: Als bewaffnete Eingreiftruppe für postkoloniale, europäische Interessen. Diese Rolle der EU könnte sich mit einem US-Präsidenten Donald Trump, der die Westeuropäer zu mehr militärischer Verantwortung auffordert, deutlich steigern.

Die jährlichen Kosten des EU-Parlaments liegen bei zwei Milliarden Euro. Deutlich mehr als 6.000 Menschen sind für Wahlbetrüger wie Weber und Lobby-Gehilfen wie Verhofstadt tätig. Rund 1000 dieser parlamentarischen Mitar-

beiter verdienen mehr als ein Abgeordneter zum Europaparlament. Das nennt man Schmutzzulage. Denn Tag für Tag den Schein von Demokratie aufrecht erhalten, ist ein schmutziges Geschäft. Raus aus der Europäischen Union wäre ein ordentlicher Schritt hin zu einer bürgerlichen Demokratie, die sich an ihre eigenen Regeln hält.

Erstmals erschienen bei: KRITISCHES NETZWERK und sputniknews

1. Guy Maurice Marie Louise Verhofstadt (* 11. April 1953 in Dendermonde) ist ein belgischer Politiker der Flämischen Liberalen und Demokraten (Open Vld). Er ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, in dem er die liberale Fraktion ALDE leitet. Zuvor war er unter anderem von 1999 bis 2008 Premierminister Belgiens. Im September 2016 wurde er zum Chefunterhändler des Europäischen Parlaments für die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich (Brexit) ernannt. Foto: ALDE Communication / ©ALDEgroup2016. Quelle: Flickr. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung-Keine Bearbeitung 2.0 Generic (CC BY-ND 2.0).

2. Aber der hochgelobte ‚Vollbluteuropäer‘ Guy Verhofstadt machte bei seiner Bewerbung um den Job als Parlamentspräsident und Nachfolger von Schulz einen Fehler. Nicht, dass bei ihm noch mehr Geld aus dunklen Quellen aufgedeckt wurde, das hätte ja wie bisher eher seine Eignung bewiesen. Nein, er wollte, um seine Wahl nur ja abzusichern, einen Deal mit der italienischen 5-Sterne-Bewegung. Foto: „© European Union 2015 - European Parliament“. Quelle: Flickr. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung - Nichtkommerziell - Keine Bearbeitung 2.0 Generic (CC BY-NC-ND 2.0).

3. Das Berlaymont-Gebäude in Brüssel, Sitz der EU-Kommission. Regierungssitz eines antidemokratischen, bürgerfeindlichen und korrupten Regimes. Europa ist weit mehr als die EU! NEIN zur EU - JA zu EUROPA!

The Berlaymont building in Brussels, seat of the EU-Commission. The EU-Parliament is an undemocratic, resident-unfriendly and corrupt regime. Europa is not merely EU, but rather! NO to EU - YES to EUROPE!

Urheber des Originalfotos: Sébastien Bertrand, Paris/F.. Quelle: Flickr. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung 2.0 Generic (CC BY 2.0). Textinlet: KN-ADMIN Helmut Schnug. Bildbearbeitung: Wilfried Kahrs (WiKa). Die Lizenz bleibt auch für das digital veränderte Bild.

4. Manfred Weber (* 14. Juli 1972 in Niederhatzkofen) ist ein deutscher Politiker der CSU. Im Europäischen Parlament ist er seit 2014 Fraktionsvorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). Foto: Metropolico.org, Nachrichten- und Meinungsportal. Ziel von Metropolico ist es, unabhängig von Parteien und Organisationen für klassisch bürgerlich-liberale Positionen zu werben. Quelle: Flickr. Verbreitung mit CC-Lizenz Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 2.0 Generic (CC BY-SA 2.0).

5. NO - RAUS AUS NATO UND EU. Grafik: Wilfried Kahrs (WiKa).

6. NEIN zur EU-DIKTATUR. Dieses Motiv kann als Auto-Aufkleber in kleinen oder größeren Mengen bestellt werden bei > www.eu-diktatur.com/ .

Deutschland

Der Retter aus Würselen

Diese Nachricht saß: Martin Schulz wird Spitzenkandidat der SPD und übernimmt den Parteivorsitz. Sigmar Gabriel legt den Parteivorsitz nieder und wechselt vom Wirtschafts- ins Außenministerium.

Von Thilo Sarrazin

Martin Schulz hat Charme, Witz und eine goldene Zunge. Keiner kann ihm wirklich böse sein. Er war der erste Präsident des Europäischen Parlaments, der in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Kann er noch mehr? Lieber Leser, das weiß ich nicht. Seine kleine Buchhandlung jedenfalls hat er als junger Mann mit Erfolg geführt, und als Bürgermeister seiner Heimatstadt Würselen (40.000 Einwohner) hat er vor 25 Jahren eine gute Figur gemacht. Seine erfolgreiche Laufbahn im Europäischen Parlament, die seit 22 Jahren andauert, zeigt, dass er gut mit Menschen umgehen kann.

In seiner Begeisterung für Europa lässt sich Schulz von niemandem überbieten, fünf Sprachen kann er auch. Substantielle und realistische Vorstellungen zur Europäischen Währungsunion, zur Zukunft der Europäischen Union oder zur Lösung der Zuwanderungs- und Flüchtlingsfragen habe ich von ihm noch nicht gehört. Dieser Vorwurf trifft ihn aber nicht allein. Er schließt genauso den Kommissionspräsidenten Juncker. Angela Merkel oder den bisherigen Außenminister Frank Steinmeier

ein, der jetzt ins Amt des Bundespräsidenten entrückt wird.

Alles Wichtige liegt in der Hand der Kanzlerin

Sigmar Gabriel ist im Amt des Wirtschaftsministers ruhmlos geblieben. Die Energiewende ist so teuer und verknotet wie je. Er hatte es eilig, das offenbar ungeliebte Amt zu verlassen. Seine Nachfolgerin Brigitte Zypries, die nicht mehr für den Bundestag kandidiert, wird es in den acht Monaten bis zur Wahl zwar hüten, aber nicht gestalten. Der neue Außenminister Gabriel wird in den verbleibenden acht Monaten einer auslaufenden Bundesregierung auch nichts mehr richten können. Alles Wichtige liegt sowieso in der Hand der Bundeskanzlerin. Erfolg der Rochade: Bis zur Wahl im September wird die SPD-Seite im Bundeskabinett blasser wirken als je zuvor. Das dient Angela Merkel und der CDU.

Fast alles hängt jetzt für die SPD davon ab, was Martin Schulz von außen bewirken kann. Mehr als Reden wird das nicht sein können, und es wird ein Re-

den ohne Amtsbonus sein. Sein Amt als europäischer Parlamentspräsident hat er in einer Zeit des Niedergangs wahrgenommen und dabei alle Fehlentscheidungen und Kompromisse stets mitgemacht und offensiv vertreten.

So sympathisch und beredt er ist, wirkt er doch wie ein Mann des Systems. Die Punkte, in denen er wirklich anderer Meinung wäre als Angela Merkel, wird man noch suchen müssen, und es ist fraglich, ob dies Unterschiede sind, die sich für eine mobilisierende öffentliche Kontroverse eignen:

Was Schulz alles nicht kann

Nicht angreifen kann er die Bundeskanzlerin auf dem Gebiet der Europapolitik. Soll er mehr Geld fordern, oder mehr Nachgiebigkeit gegenüber den Franzosen und Italienern? Das könnte der SPD schlecht bekommen.

Nicht angreifen kann er sie auf dem Gebiet der Außenpolitik, die war ja stets einvernehmlich mit der SPD und ihrem Außenminister.

Nicht angreifen kann er sie auf dem

Gebiet der Sozialpolitik, die einschlägigen Ressorts gehören zur SPD, und kein sozialdemokratisches Beglückungsprojekt ist seit 2013 an Angela Merkel gescheitert.

Nicht angreifen kann er sie auf dem Gebiet der Einwanderungs-, Flüchtlings- und Asylpolitik., denn er muss auf den linken SPD-Flügel und die beiden erhofften Partner Grüne und Linke Rücksicht nehmen, die ihn zum Bundeskanzler wählen sollen.

Nicht angreifen kann er sie auf dem Gebiet der Finanzpolitik. Dank der guten Konjunktur muss der Bund keine neuen Schulden machen, und der Finanzminister Schäuble kann trotzdem spendabel sein.

Er müsste sie angreifen wegen ihrer Fehler und ihrer Konzeptionslosigkeit bei der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik und beim Europäischen Projekt. Das aber kann er nicht tun, ohne sich selbst anzugreifen. So wird es wohl darauf hinauslaufen, dass er im Wahlprogramm Listen von Forderungen auf vielen Gebieten präsentiert, die keinen wirklich interessieren, und die vor allem eint, dass sie Geld kosten. Dazu wird von mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Teilhabe die Rede sein. Viele Wähler werden sich gähnend abwenden.

Der Wahlkampf wird ein Schönheitswettbewerb sein

Niemandem wird verborgen bleiben, dass Angela Merkel und Martin Schulz zu keinem wirklich wesentlichen Punkt unterschiedlicher Meinung sind. Ihr Wahlkampf wird deshalb ein Schön-

heitswettbewerb sein. Gäbe es einen wirklichen Überdross an Angela Merkel, so könnte Schulz möglicherweise davon profitieren, so wie 1998 Schröder gegenüber Kohl. Aber dieser Überdross ist nicht zu erkennen.

Angela Merkel langweilt zwar als Rednerin. Aber ihre Fehler liegen in ihrer Politik, verbale Fehltritte macht sie nie. Weil sie völlig uneitel ist, nervt sie auch nie mit Gespreize im Amt. Weil Schulz in der Auseinandersetzung mit ihr weder auf Unterschiede in der Sache noch auf Kritik an der Person setzen kann, muss er ganz auf seinen höheren Unterhaltungswert setzen. Das aber könnte gegenüber einer bewährten Amtsinhaberin zu wenig sein.

Martin Schulz möchte Bundeskanzler werden. Das geht nur mit einer rot-rot-grünen Koalition. Diese drei Parteien liegen zusammen in den Umfragen stabil bei 40 bis 42 %. Die SPD müsste von gegenwärtig 23 % auf 30 % springen, und zwar nicht auf Kosten der Grünen oder der Linkspartei, um einen Bundeskanzler Schulz zu ermöglichen. Wenn man von der großen Koalition weg will, ist eine andere Kombination realistischer: CDU/CSU, Grüne und FDP liegen zusammen stabil bei 52 %. Erfahrungsgemäß reichen 48 % für eine Mehrheit bei den Parlamentssitzen.

Gemeinsam gegen die AfD

Damit wird die realistische Zielsetzung eines Spitzenkandidaten Martin Schulz deutlich: Er muss der Union so viele Stimmen wegnehmen, dass es nur zusammen mit der SPD für eine parla-

mentarische Mehrheit reicht. In diesem Sinn hätte Martin Schulz dann Erfolg, wenn er für die SPD das Ergebnis Per Steinbrücks vor vier Jahren erreicht (25,7 Prozent), und die Union bei wenig mehr als 30 % landet. Vor vier Jahren waren es noch 41,5 % gewesen. Aber damals erzielte die AfD nur 4,7 Prozent und zog nicht in den Bundestag ein. Jetzt aber liegt sie in den Umfragen zwischen 11 Prozent und 14,5 Prozent. Darunter sind auch viele ehemalige SPD-Wähler.

Das Paradox des heraufziehenden Wahlkampfs liegt darin, dass mit Angela Merkel und Martin Schulz zwei Verbündete gegeneinander kämpfen, die 95 % ihrer Überzeugungen teilen. Die politische Frontlinie beider liegt nicht zueinander, sondern zur AfD. Diese wird damit werben, dass sie in Fragen von Flüchtlingspolitik, Einwanderung und Europa die einzige demokratische Alternative darstellt. Da können ihr guten Gewissens nicht einmal CDU und SPD widersprechen.

Quellen:

http://www.achgut.com/artikel/der_rette_r_aus_wuersele1

Zuerst erschienen in der Zürcher Weltwoche

Deutschland

Von Heilsbringern und ihren Botschaften

Es ist eigentlich ungerecht – immer auf die Deutschen. Dabei haben doch die Selbstgerechten jetzt das neue Fitness-Programm – Haut den Trump!

Außerdem haben die Deutschen schon genug an ihrer Geschichte zu tragen und zu bezahlen, also könnten wir sie mal in Ruhe lassen. Oder? In Ermangelung von Nachrichten aus anderen Katastrophenländern bleibt dem kritischen Kommentator leider nur der Blick auf das Berliner Elend. Trump lassen wir jetzt mal einfach weiter dekretieren und hoffen doch stark, dass er sein Programm vollendet.

Von Peter Seraphin, Moskau

Die Zeit der Popkultur wurde mit dem berühmten Spruch eingeleitet ‚Fünf Milliarden Fliegen können sich nicht irren, frisst mehr Scheißt‘, dann folgte irgendwann einmal das Dschungelcamp im Fernsehen und Heidi Klum, jetzt haben wir Martin Schulz.

Geht es noch weiter runter?

Wohl kaum, obwohl am offensichtlichen Ende der unsäglichen Merkel-Epoche besagter Schulz zum Heilsbringer einer untergehenden, angeblich sozialdemokratischen Partei und eines nach einem Erlöser lechzenden Landes stilisiert wird. Auf einen Ruck drehte sich die ihm gegenüber vormals kritische Lügenpresse und bejubelt nun den Meister der postfaktischen Sprechblasen, aber darum heißt sie ja auch Lügenpresse. FUSSNOTE

Was dagegen aus dem Munde des entsorgten EU-Parlamentschefs an Heilsversprechen kommt erinnert an Kapitän Edward John Smith, den Kapitän der offensichtlich doch sinkbaren RMS Titanic. Es klingt die Beschwörung des tausendjährigen Reiches durch, darin haben die Berliner ja Erfahrung. Schulz, inhaltsfrei doch pathetisch in eitler Pose, soll den SPD-Selbstbedienungsverein retten und mit seinem Charisma den dreisten Postengeschacher in der Merkel-Regierung übertönen.

Doch lassen wir den Schulz ruhig toben, die Realität wird ihn bald einholen, wobei in Realitätsverdrängung und Ge-

setzesbruch die deutsche Regierung Erfahrung hat. Deutlicher ist allerdings der nahezu verzweifelte Versuch Europas, sich aus der abrupt beendeten US-Vormundschaft und seines willfährigen deutschen Vasallen zu befreien. Die Ostländer sind sich längst einig und blockieren nahezu jede Brüsseler Entscheidung sobald sie leisten müssen. Die Russlandphobie der Polen und Balten wird nicht lange mehr tragen, wenn sie nicht zu den Verlierern der Geschichte werden wollen.

Auf der anderen Seite tagen die Südländer, während Merkel und Hollande, nicht Deutschland und Frankreich, ein Gipfeltreffen der Verlierer zeitgleich mit dem Treffen der britischen May und Trumps abhalten. Was alle nicht begriffen haben ist, dass die Südländer in dem neuerlichen Versuch einer sozialistische bestimmten europäischen Internationale keine Chance haben, Frankreich faktisch pleite ist und gerade direkt an die konservative und sehr gaullistische Marie Le Pen übergeben wird und die nicht gewählte Britin in Washington eine höfliche Abfuhr für ihre neokoloniale Attitüde mit der Portion Russlandhass bekommen hat.

Irgendwie scheint es, als ob sich unsere europäischen Helden allesamt verhoben haben und nun das Ende der Vorteilsschleimerei und Ausbeutung

eingeläutet ist. Den Zaubertrank des Miraculix hat eine laute Mischung aus gälisch-pfälzischem Rotschopf egoistisch ausgesoffen, ohne auch nur einen Tropfen an die ausgemerkelte Meute zu geben.

Während die Lügenpresse angesichts der teilweisen Rücknahme des 90-Tage-Dekrets gegen Muslime jubelt um die schmerzhaft Stille der Ratlosigkeit zu übertönen, zuckt schon alles in Erwartung des nächsten Schicksalschlages.

Die Liste mit den betroffenen, des Terrors verdächtigen Ländern wurde übrigens noch von der Obama-Administration vorbereitet. Es wird nicht die letzte Tretmine der Verschwörer sein, in die Trump voller Energie segelt. Aber sehen wir uns nur seine Generäle an, Mattis wurde von seinen Soldaten anerkennend ‚mad dog‘ genannt, die anderen sehen ebenso entschlossen aus. ‚America first‘!

In Deutschland, wie schon gesagt, wissen wir von den anderen Ländern gerade sehr wenig, ergießt sich ein Strom von gegen Trump protestierenden Hausfrauen über die Medien, man meint sie kämen allesamt aus der gehirngewaschenen Merkel-FDJ-Gruppe. Während amerikanische Frauen Trump gewählt haben, wenden sie sich hier

voll Abscheu von ihm ab und erziehen ihre Söhne weiter gendergerecht zu ergebnisoffenen Waschlappen. Sie wissen alle nicht wofür sie sind, doch endlich haben sie jemanden, gegen den sie sind.

Es lebe das selbstbestimmte leistungsfreie Leben - geboren werden und auf das bedingungslose Grundeinkommen warten. Herzlichen Glückwunsch ihr Freunde der Sinnfreiheit!

Währenddessen zieht aber eine kolossale Spinne ihre Netze, nur teilweise identisch mit den Netzwerken des Einheitssozialisten und Weltverbesserern. Georg Soros, seit vielen Jahren mit unbegrenzten Finanzmitteln ausgestattet, wird demnächst in die Geschichte als der große Kulturzerstörer der westlichen Welt eingehen. Vielleicht geschieht dies aus Hass heraus, dass er sein unseliges Treiben im jüdischen Getto nicht bis zum Schluss durchgehalten hat, vielleicht aber auch aus diabolischem Impuls allmächtiger Weltbeherrschungsphantasien.

Lange hat er nicht mehr, so zumindest der Wunsch des Kommentators. Möge den Lumpen der Schlag beim S... treffen. Nicht zu unterschätzen ist aber die willfährige Masse der bereits Umerzogenen oder der Orientierungslosen. Die haben sich immerhin gerade 1,2 Millionen rosa Pussy-Mütchen aufgesetzt. Sie alle tanzen fröhlich Arm in Arm in beliebigen Protest gegen jeden und alles, wenn man ihnen das richtig verkauft. Ich will auch die Konservativen davon nicht ganz freisprechen, doch die Sozis sind darin Meister und leider existiert das kollektive Erinnern nur in den erlaubten Nischen. Die Auswüchse des DDR-Systems aus Gleichmacherei und Spitzelunwesen sind schon weit in historischer Tiefe; Stalins Terror scheint eine schlechte literarische Erfindung; Orwells ‚1984‘ eine Fiktion; nichts scheint Mahnung genug zu sein. In einer fast erinnerungsfreien Handy-Gesellschaft kennen Orwell sowieso nur noch wenige Intellektuelle. In der damaligen DDR verboten, im Westen gelegentlich zitiert doch im Sog der bunten Werbeunterbrechungen schnell

vergessen, wird das Land Maas-genommen.

Während Soros mit unerschöpflich scheinenden Geldquellen die Welt mit einem politischen Netzwerk mit wechselndem politischen Credo überzieht, besteht längst der Verdacht, dass seine sogenannte Open Society nur die willige Plattform für übelsten Kapitalismus ist und letztlich nur Kapitalinteressen, vornehmlich den zynischen Soros-Spekulationen, dient.

Doch wenden wir uns dem anderen Europa beherrschenden Netzwerk zu. Brüssel mit seinem gewaltigen Kommissarbetrieb im Verein mit der Europäischen Zentralbank ist letztlich einer sozialistischen Idee verbunden. Sie sieht Widersprüche nicht als Entwicklungsimpuls, sondern als Widerstand gegen den wahren Glauben des Sozialismus, einer vorgeblichen Demokratie zum Wohle aller. Die verdächtige Annäherung der CDU an diesen messianischen Gedanken führte zum widerspruchsfreien Parlament. Seitdem der jesuitische Papst zum Klassenkämpfer mutiert ist und den christlichen Gedanken zur Auflösung der katholischen Religion stresst, verschwindet folgerichtig das Christlich aus den konservativen Parteien und wird durch ein unbestimmtes sozialistisches Demokratiedogma ersetzt.

Es ist nicht eine sukzessive Entwicklung, sondern eine gewollt brachial verordnete Gleichmacherei. Das ursprüngliche Protestpotential in der Kirche hat sich schon längst bis hin zur Unkenntlichkeit deformiert und taugt allenfalls noch zur Betreuung von Demenzkranken und Sterbebetreuung. Die gewaltige Subventionierung der staatstragenden Kirchen und ihres Apparates durch den Steuerzahler ist soweit im Machtkartell nur konsequent.

Konsequent ist auch, wenn die Kirche von ihren ‚Schafen‘ spricht. Dies kann die SPD so nicht, hat sich aber unter anderem schon frühzeitig zum landesbeherrschenden Medienbesitzer aufgeschwungen und sorgt für vielfältige Unterhaltung der ‚Schafe‘.

Das alles soll nicht heißen, dass die Entwicklung chaotisch verläuft. Die sozialistischen Netzwerke und ihre Ziele sind streng koordiniert und aufeinander abgestimmt. Wenn die EU-Bürokratie in Mali ein Informationsbüro für die Reisebetreuung zukünftiger Asylanten eröffnet, so ist auch dies eine grundsozialistische Idee und zugleich Schutzmaßnahme vor den autochthonen Schafen. Rassenvermischung zur Verhinderung gemeinsamer Sprache, sprich der Möglichkeit des gedanklichen Austausches zur gemeinsamen Willensbildung – zur allfälligen Widerstandsbildung.

Nicht nur den Bayern müsste sich bei solchen Vorstellungen die Locke wölben, doch auch sie sind bereits zu sozialisiert und haben in Seehofer ihren zynischen Opportunisten als Oberhirten. Der könnte auch bei der SPD oder NPD im Vorstand sitzen, Inhalte hat der schon längst nicht mehr. Letztlich ziehen die, die oben sind, alle an einem Strang. Wer verlässt schon freiwillig die Fleischtöpfe!

Wenn Sie aber meinen, das Problem der sozialistischen Internationale wäre nur auf Deutschland begrenzt, so irren Sie gewaltig lieber Schweizer Leser. Das Problem sitzt auch bei Ihnen und zieht langsam und unauffällig seine Fäden. Auch hier könnte es sein, dass Sie eines Tages aufwachen und in einem anderen Land sind. Dem sei Trump davor! Seine konservative Revolution wirkt inspirierend und ehrlich. Vor ihm haben die sozialistischen Netzwerker tatsächlich Angst – das sollten sie auch haben. Allerdings entspricht die Hoffnung auf einen Erlöser der Kirchenlehre und folgt damit wieder einem alten Machtmuster. Wir sollten endlich lernen, die Probleme selbst zu lösen, auch die unbequemen Fragen und diejenigen haftbar machen, die sie verursachen.

Wissen

Maria Sibylla Merian: Die Schmetterlingsfrau

Maria Sibylla Merian war ein Leben lang von Insekten fasziniert: Vor allem Schmetterlinge zogen die Künstlerin in ihren Bann. Deren Metamorphose von der Raupe zum Falter studierte sie akribisch - und brachte diese erstaunliche Verwandlung detailgetreu auf Papier. Selbst 300 Jahre nach ihrem Tod gilt sie daher als wichtige Wegbereiterin der modernen Insektenkunde.



Schon als Kind fasziniert Maria Sibylla Merian alles, was da krecht und fleucht. Egal, ob für manch anderen Beobachter eher abstoßend erscheinende Spinnen, Würmer und Käfer oder farbenprächtige Schmetterlinge, die jeden mit ihrer Schönheit entzücken - das Mädchen begeistert sich wohl für fast jedes Insekt. Ihre Beobachtungen in Garten und Natur hält sie detailgetreu fest: Sie sammelt Raupen und zeichnet, wie sie sich verpuppen, sieht sie als Schmetterlinge schlüpfen und bannt ihre Farben auf Papier.

„Ich habe mich von Jugend an mit der Erforschung von Insekten beschäftigt“, schreibt Merian selbst über ihre ersten entomologischen Studien. „Zunächst begann ich mit Seidenraupen in meiner Geburtsstadt Frankfurt am Main.“ Die Metamorphose von der hässlichen Raupe zum schönen Schmetterling soll später ihr Lebensthema werden - ein Phänomen, das zu ihrer Zeit noch kaum erforscht ist.

Stilleben mit Insekten

Ihren offenen Blick auf die Dinge erbt

Merian vermutlich von ihrem Vater Matthäus, der als Kupferstecher für seine wirklichkeitsnahe Wiedergabe von Städten und Landschaften bekannt ist. Die am 2. April 1647 in ein vom 30-jährigen Krieg zerrüttetes Land Hineingeborene, soll den Vater jedoch kaum kennenlernen dürfen. Er stirbt bereits, als sie erst drei Jahre alt ist.

Doch ihr Stiefvater Jacob Marrel ist dem Mädchen ein ebenso guter Kunstlehrer. Als Schüler von Georg Flegel, der als einer der ersten Maler das Stilleben als eigene Gattung pflegte, lässt er Merian zunächst Blumen- und Fruchtstilleben malen. Durch ihr wachsendes Interesse für Insekten kommen alsbald jedoch neue Motive hinzu.

Das Raupenbuch

Auch als junge verheiratete Frau in Nürnberg zeichnet Merian weiterhin farbenprächtige Aquarelle von Käfern, Raupen, Schmetterlingen und deren Nahrungspflanzen, die auf ihren akribischen Studien am lebenden und toten Objekt basieren. Gleichzeitig unterrichtet sie andere Frauen im Zeichnen, handelt mit Farben und publiziert als Verlegerin ihre ersten Bücher - unter anderem das „Raupenbuch“, dessen erster Band 1679 erscheint.

Auf fünfzig Tafeln hält die Künstlerin darin zahlreiche Schmetterlinge in ihren unterschiedlichen Stadien vom Ei, über die Raupe, bis hin zur Puppe und zum fertig ausgebildeten Falter fest. Kurzum: Sie zeichnet die Lebensgeschichte des Insekts nach und lässt dabei auch die das Tier begleitenden Pflanzen nicht außer Acht. „Das Raupenbuch stand als Werk über die Entwicklung von Insekten nicht vereinzelt dar, doch war es die erste Publikation einer Frau zu die-

sem damals noch weitgehend unerforschten Thema“, schrieb der Kunsthistoriker Kurt Wettengl einmal zu Merians Buch.

Aufbruch in exotische Welten

Nicht nur in der Fachwelt fällt sie als erfolgreiche wie selbstbewusste Vertreterin des weiblichen Geschlechts auf. Auch privat kümmert sie sich wenig um Konventionen. So lässt sich Merian von ihrem Ehemann scheiden, lässt ihn sprichwörtlich sitzen und zieht mit ihrer Mutter und ihren Töchtern nach Amsterdam.

Hier kommt sie schließlich erstmals mit Sammlungen tropischer Schmetterlingspräparate aus Südamerika in Kontakt. Sie ist fasziniert, bemerkt aber auch, dass die Metamorphose der Insekten durch die verschiedenen Stadien ihres Lebens dort kaum gezeigt wird. Sie beschließt deshalb, selbst eine exotische Reise auf den Kontinent zu unternehmen. Als sie als mittlerweile 52-Jährige die nötigen Mittel zusammen hat, macht sich Merian gemeinsam mit ihrer jüngeren Tochter auf den Weg in die niederländische Kolonie Surinam, wo sie sich zwei Jahre lang dem Studium der dort heimischen Insekten widmet.

Prachtband über Metamorphose

1701 kehrt die Naturforscherin von einer Malariaerkrankung geplagt nach Europa zurück. Im Gepäck hat sie umfangreiches Material - die Grundlage für ihr bedeutendstes Werk „Metamorphosis insectorum Surinamensium“. Wie schon in ihrem Raupenbuch stellt sie darin in detailverliebter Manier den Lebenszyklus der von ihr portraitierten Insekten dar.



Kolorierte Illustration aus dem zweibändigen «Raupenbuch» (1679/83)

Bild links.

In ihrem Hauptwerk präsentiert die Forscherin in 60 Farbstichen die Tier- und Pflanzenwelt der niederländischen Kolonie Surinam. Bild rechts

Der 1705 erscheinende Prachtband mit 60 kolorierten Kupferstichen ist nicht nur schön anzusehen, sondern auch ein Standardwerk naturwissenschaftlicher Erkenntnisse: Merian gibt zu jeder der Tafeln die Namen der dargestellten Tiere und Pflanzen an und vermittelt Informationen, die sie von der einheimischen Bevölkerung erhalten hat. Die Publikation wird zu einem Bestseller in ganz Europa. Sogar Zar Peter der Große will nun Kupferstiche von der Künstlerin erwerben.

Geschätzt und kritisiert

Für ihren Beitrag zur Erforschung von Insekten wird Sibylla Merian schon zu Lebzeiten und während des gesamten 18. Jahrhunderts geschätzt. So arbeitet etwa der schwedische Naturforscher Carl von Linné bei der Aufstellung seines taxonomischen Systems nach den Darstellungen der Künstlerin. Außer-

dem werden neun Schmetterlinge, sechs Pflanzen und zwei Käfer nach ihr benannt.

Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wird ihr Werk zunehmend kritisiert. Ihre künstlerischen Darstellungen und die eingefügten kulturellen Überlieferungen der Einheimischen missfallen vor allem jenen Wissenschaftlern, die einen immer systematisierenderen Ansatz verfolgen. Tatsächlich enthält „Metamorphosis insectorum Surinamensium“ auch einige sachliche Fehler - und es wird an manchen Stellen deutlich, dass Merian die Kunst mitunter wichtiger war als die naturwissenschaftliche Forschung.

Fünfhundert-Mark-Schein, 4. Serie bundesdeutscher Banknoten
Maria Sibylla Merian auf dem Fünfhundert-Mark-Schein der ab 1989/90 gedruckten vierten Serie bundesdeutscher Banknoten.

Wichtige Wegbereiterin

So gibt sie in einem Fall etwa offen zu: „Den schönen schwarzen mit roten und gelben Flecken verzierten und auf der Frucht sitzenden Käfer habe ich hier hinzugesetzt, um den Stich auszufüllen und zu schmücken, obwohl ich seine Herkunft nicht kenne. Ich will seine Erforschung gern anderen überlassen.“

Die Bedeutung ihres naturwissenschaftlichen Erbes schmälert das jedoch nicht: Aus heutiger Sicht gilt die ein Leben lang von Schmetterlingen faszinierte Frau als eine wichtige Wegbereiterin der modernen Insektenkunde. Ihr Konterfei zierte bis zur Einführung des Euros deshalb auch den Fünfhundert-Mark-Schein - und auf der Venus ist sogar ein Krater nach ihr benannt.

Quelle: wissen.de



Roland Keller, Herausgeber.
presse@basler-liberale-nachrichten.ch



Gotthard Frick, Freier Mitarbeiter
Sicherheit und Militär



Dr. A. Roger Hoeren, Bangkok/Thl
Mitherausgeber
roger@basler-liberale-nachrichten.ch



Dr. Thierry Meissan, Damaskus/Syrien
Freier Mitarbeiter
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch



Prof. Dr. Hans Geiger,
Banken und Wirtschaft
hansgeiger@bluewin.ch



Martin Weber,
Lektorat.
martin@basler-liberale-nachrichten.ch



Osman H. Gilani, Peshawar
Freier Mitarbeiter
Pakistan, Indien, Iran.
bln-feedback@basler-liberale-nachrichten.ch

Nützliche Links

Presse:

<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.dw.com/de/themen/s-9077>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://www.klartext.ch/>
<http://www.epochtimes.de>
<http://www.rolandtichy.de>
<http://www.frank-schaeffler.de>
<http://unser-mittleuropa.com>
<http://www.neue-impulse-verlag.de/marxistischeblaetter.html>
<http://www.neues-deutschland.de>
<http://www.osservatoreromano.va/de>
<http://www.zeit-fragen.ch>
<http://www.tachles.ch>
<http://www.jpost.com> Jerusalempost
<http://www.juedische-allgemeine.de>
<http://www.zeit.de/index>
<http://www.eva-herman.net>

Handel:

<http://www.handelsblatt.com>
<http://www.mmnews.de>

Parlamente:

<https://www.admin.ch/gov/de/start.html>
<http://www.bundestag.de>
<http://www.europarl.europa.eu/portal/de>

Technik:

<http://www.pcmag.com/article2/0,2817,2416920,00.asp>
<https://www.apple.com/chde/retail/freiestrasse/>

Militär:

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-verteidigung-bevoelkerungsschutz-sport-vbs.html>
<http://www.asmz.ch>
<http://www.schweizer-soldat.ch>
http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/de/home/dokumentation/publik_zeitschr/military_power_revue.html
<http://www.deagel.com>
<http://offiziere.ch>

Internet:

<http://www.wieistmeineip.ch>
<https://www.youtube.com/?hl=de&gl=DE>

Diverses:

<https://www.pinterest.com>
<http://de.gatestoneinstitute.org>

Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ sind parteilos und keiner politischen Partei verpflichtet.

Es ist das Ziel der „Basler Liberale Nachrichten“, Meinungen aus jeder Denkrichtung zu Wort kommen zu lassen.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ ist ein Vertreter einer liberalen und pluralen Meinungsvielfalt.

Die Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors wieder, aber nicht notwendigerweise die der Redaktion der „Basler Liberalen Nachrichten“.

Rechtshinweise:

„Basler Liberale Nachrichten“ (BLN) ist ein freies Presseorgan in Form einer persönlichen an den Adressaten gerichteten Email und gibt Nachrichten weiter im Sinne gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention:

Artikel 10, Freiheit der Meinungsäusserung. Abschnitt 1 – Rechte und Freiheiten (Art.2 – 18 Auszug) Publiziert: 04.11 1950.

(1)

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk, Fernseh oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2)

Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.

2)

Die „Basler Liberale Nachrichten“ übernimmt keinerlei Verantwortung für den Inhalt der „Basler Liberale Nachrichten“. Die Weiterleitung des Webmagazins an Personen die nicht im Abonnementverbund sind, ist nicht gestattet. Die Verwendung von Inhalten oder Teilen ist ausschliesslich an den Abonnenten der „Basler Liberale Nachrichten“ gerichtet und darf nicht weitergeleitet werden.

3)

Die „Basler Liberalen Nachrichten“ übernehmen keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Seiten. Externe Links sind als solche gekennzeichnet und verweisen auf Urheberrechte Dritter. Jegliche Haftung ist ausgeschlossen.

4)

Urheberrechte

Die Webseiten, Layout und Logo der „Basler Liberalen Nachrichten“ sind urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, die Verwendung von Abbildungen,

die elektronische Verbreitung, und die Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und die Speicherung in Datenverarbeitungsmedien, bleiben vorbehalten.

Erweiterte Nutzungsbestimmungen der EMail „Basler Liberale Nachrichten“.

Datenschutz

Wenn Sie mittels EMail oder Onlineformular Kontakt mit „BaslerLiberaleNachrichten“ aufnehmen möchten, sollten Sie wissen, daß Ihre persönlichen Daten (Name, Mailadresse), zur Kommunikation mit Ihnen elektronisch gespeichert werden.

Diese Daten werden grundsätzlich vertraulich behandelt, keinesfalls an Dritte verkauft oder vermietet.

Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung, insbesondere soweit die Übermittlung zur Erbringung von Ihnen in Anspruch genommener Dienste erforderlich ist.

Mit der Nutzung dieser Website und der Abgabe Ihrer persönlichen Daten per EMail oder Onlineformular geben Sie Ihre Einwilligung zu der hier beschriebenen Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten. Sie können diese Einwilligung jederzeit widerrufen und auch die Löschung Ihrer Daten verlangen.

Haftungsausschluß:

1. Inhalt des Onlineangebotes

Der Autor übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen den Autor, die sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, welche durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden sind grundsätzlich ausgeschlossen. Alle Angebote sind freibleibend und unverbindlich. Der Autor behält es sich ausdrücklich vor, Teile der Seiten oder das gesamte Angebot ohne gesonderte Ankündigung zu verändern, zu ergänzen, zu löschen oder die Veröffentlichung zeitweise oder endgültig einzustellen.

2. Verweise und Links

Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Autors liegen, distanziert sich der Autor hiermit ausdrücklich von sämtlichen Inhalten, die auf diesen Seiten veröffentlicht werden. Diese Feststellung gilt gleichermaßen auch für Fremdeinträge in vom Autor eingerichteten Gästebüchern, Diskussionsforen und Mailinglisten.

3. Urheberrecht

Der Autor ist bestrebt, in allen Publikationen die Urheberrechte der verwendeten Grafiken, Tondokumente und Texte zu beachten, von ihm selbst erstellte Grafiken, Tondokumente und Texte zu nutzen oder auf lizenzfreie Grafiken, Tondokumente und Texte zurückzugreifen. Sollte sich auf den Seiten dieser Website dennoch eine ungekennzeichnete, aber durch fremdes Urheberrecht geschützte Grafik, Tondokument oder Text befinden, so konnte das Urheberrecht vom Autor nicht festgestellt werden. Im Falle einer solchen unbeabsichtigten Urheberrechtsverletzung wird der Autor das entsprechende Objekt nach Benachrichtigung aus seiner Publikation entfernen oder mit dem entsprechenden Urheberrecht kenntlich machen.

Das Urheberrecht für veröffentlichte, vom Autor selbst erstellte Objekte bleibt allein beim Autor der Seiten. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Grafiken, Tondokumente oder Texte in

anderen elektronischen oder gedruckten Publikationen ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Autors nicht gestattet.

4. Rechtswirksamkeit dieses Haftungsausschlusses

Dieser Haftungsausschluss ist als Teil des Internetangebotes zu betrachten, von dem aus auf diese Seite verwiesen wurde. Sofern Teile oder einzelne Formulierungen dieses Textes der geltenden Rechtslage nicht, nicht mehr oder nicht vollständig entsprechen sollten, bleiben die übrigen Teile des Dokumentes in ihrem Inhalt und ihrer Gültigkeit davon unberührt.

Auf alle Rechtsbeziehungen aus dem Vertrag zwischen der Betreiberin des Magazins und Website und dem Nutzer sowie diesen AGB ist Schweizerisches Recht unter Ausschluss der Bestimmungen des UNKaufrechts anwendbar.

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Basel als der Sitz der Betreiberin des Magazins und Website. Die Verhandlungssprache ist ausschliesslich Deutsch.

Die Betreiberin des Magazins und Website, kann allerdings Klagen gegen den Nutzer auch an dessen Sitz oder Wohnsitz anhängig machen.

Basel, den 3. Januar 201216

Erweiterte Nutzungsbedingungen Basler Liberale Nachrichten

Alle unsere Artikel, an denen wir die notwendigen Rechte verfügen, das heisst, alle ausser Agenturmeldungen und sowie Gastbeiträgen, dürfen Sie kostenlos kopieren und auf Ihrer Website oder in einem anderen Medium publizieren.

Bitte beachten Sie folgende Punkte:

Die Artikel unterliegen der Creative Commons BYNCND 3.0 CH Lizenz und sind entsprechend gekennzeichnet. Ohne Kennzeichnung, darf der Artikel nicht weiterverwertet werden.

Artikel dürfen nicht bearbeitet werden und müssen – sofern der Artikel online publiziert wird – inklusive aller darin enthaltenen Links publiziert werden.

Die „Basler Liberale Nachrichten“ muss als Quelle genannt und – wenn der Artikel online publiziert wird – auf den Originalartikel verlinkt werden.

Autorenzeile muss lauten:

Name des Autors: xxx,

Quelle: „Basler Liberale Nachrichten“.

Bilder und Grafiken dürfen verwendet werden.

Nicht zugelassen:

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht systematisch oder automatisiert kopiert werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel dürfen nicht für politische, religiöse, rassistische Kampagnen oder in Werbekampagnen eingesetzt werden.

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel kommerzielle Nutzung nur in Absprache mit:
blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

„Basler Liberale Nachrichten“ Artikel darf nicht im Zusammenhang mit entsprechender themenbezogener Werbung eingesetzt werden.

Bitte kontaktieren Sie:

blnfeedback@baslerliberalenachrichten.ch

BLN 11. August 2016

Das Copyright dieser und der Folgeseiten liegt, wenn nicht anders vermerkt, bei den
„**Basler Liberalen Nachrichten**“,
Roland Keller, CH4001Basel / SCHWEIZ

Die Beiträge stellen ausschließlich die Meinungen der Verfasser bzw. Verfasserinnen dar.

Die Meinung muss nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion wiedergeben.

License: CC BY 3.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Sie dürfen:

Teilen – das Material in jedwedem Format oder Medium vervielfältigen und weiterverbreiten

Bearbeiten – das Material remixen, verändern und darauf aufbauen und zwar für beliebige Zwecke, sogar kommerziell.

Der Lizenzgeber kann diese Freiheiten nicht widerrufen solange Sie sich an die Lizenzbedingungen halten.

Unter folgenden Bedingungen:

Namensnennung – Sie müssen angemessene Urheber und Rechteangaben machen, einen Link zur Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Diese Angaben dürfen in jeder angemessenen Art und Weise gemacht werden, allerdings nicht so, dass der Eindruck entsteht, der Lizenzgeber unterstütze gerade Sie oder Ihre Nutzung besonders.

Hinweise:

Sie müssen sich nicht an diese Lizenz halten hinsichtlich solcher Teile des Materials, die gemeinfrei sind, oder soweit Ihre Nutzungshandlungen durch Ausnahmen und Schranken des Urheberrechts gedeckt sind.

Es werden keine Garantien gegeben und auch keine Gewähr geleistet.

Die Lizenz verschafft Ihnen möglicherweise nicht alle Erlaubnisse, die Sie für die jeweilige Nutzung brauchen. Es können beispielsweise andere Rechte wie Persönlichkeits- und Datenschutzrechte zu beachten sein, die Ihre Nutzung des Materials entsprechend beschränken.

Haftungshinweis

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen.